



ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



- **Geschichtsbewusstsein**  
Umgang mit den Schlachten von Idstedt und Düppel
- **Verwundetenpflege**  
Entwicklung der Militärmedizin in Schleswig-Holstein 1848-1918
- **Vergangenheitsbewältigung**  
Verdrängen und Verarbeiten der NS-Geschichte nach 1945
- **Konzentrationslager**  
Forschung, Vermittlung und Gedenken

# ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

**HERAUSGEBER:** ADS – GRENZFRIEDENSBUND e.V.  
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig

*Redaktionsgeschäftsstelle:* Ingrid Schumann, Referentin für Grenzlandfragen

*Anschrift:* Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg  
Telefon (04 61) 86 93-25 · Telefax (04 61) 86 93-20  
E-Mail: grenzfriedensbund@ads-flensburg.de  
www.grenzfriedensbund.de

*Geschäftszeit:* Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr  
Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr  
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 86 93-0

*Beitrag:* 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen usw.

*Abonnement:* 15 € Inland, 17,50 € Ausland

*Bankverbindungen:* HypoVereinsbank (BLZ 200 300 00) Kto.-Nr. 80 009 407  
Nord-Ostsee-Sparkasse (BLZ 217 500 00) Kto.-Nr. 82 988

## INHALT

Seite

<i>Peter Dragsbo</i> Idstedt und Düppel im kollektiven Geschichtsbewusstsein .....	3
<i>Claudia Koch</i> Von christlicher Nächstenliebe zur professionellen Verwundetenpflege. Militärmedizin in Schleswig-Holstein 1848-1918.....	13
<i>Stephan Linck</i> „Lange Schatten“ der NS-Zeit. Gedenken und Aufarbeitung nach 1945 in Schleswig-Holstein .....	23
<i>Detlef Garbe</i> Forschen – Vermitteln – Gedenken. Aspekte der Gedenkstättenarbeit .....	35
Umschau .....	47
Echo .....	58
Buchbesprechungen .....	61
Mitarbeiter/innen dieses Heftes .....	67
Abbildungsnachweis .....	68
Verzeichnis der im Jahre 2008 in den Grenzfriedensheften erschienenen Aufsätze .....	69

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des ADS-Grenzfriedensbundes enthalten.  
Einzelheft 4 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

*Redaktion der Grenzfriedenshefte:*

Ove Jensen, M.A., Hasselbrookstraße 131, 22089 Hamburg

Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15 · 24955 Harrislee

Dr. Matthias Scharthl, Friedrichstal 55 · 24939 Flensburg

Dr. Gerret Liebing Schlaber, Tækkerløkke 26 · DK-6200 Aabenraa

Redaktionsanschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg

Satzerstellung: Mittelstaedt Media Design, Libellenring 16 · 24955 Harrislee

Telefon 0461 / 700 29 99 · Telefax 0461 / 700 29 98 · E-Mail: mittelstaedt-design@web.de

Druck: Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9 · 24941 Flensburg

ISSN 1867-1853

# Idstedt und Düppel im kollektiven Geschichtsbewusstsein

von PETER DRAGSBO

*Die Schlacht von Idstedt am 25. Juli 1850 gilt als die blutigste, die jemals in Nordeuropa ausgefochten wurde. Über lange Zeit auf beiden Seiten zum nationalen Mythos hochstilisiert, wird sie seit einigen Jahren zusehends nüchterner und in übergreifender deutsch-dänischer Perspektive betrachtet. Bei der jüngsten Gedenkveranstaltung am Ort der Schlacht hielt der Leiter des Sonderburger Schlossmuseums, Peter Dragsbo, eine bemerkenswerte Rede, die wir im Folgenden mit nur leichten Änderungen wiedergeben.*

*Die Redaktion*

## **Schlacht und Erinnerung**

Die Schlacht bei Idstedt war die größte und blutigste Schlacht der beiden schleswigschen Kriege – größer und blutiger als jener Kampf auf der „Schlachtbank“ von Düppel, die der dänische Historiker Tom Buk-Swienty jüngst ebenso lebendig wie brutal beschrieben hat.<sup>1</sup> Allerdings ist Idstedt im Vergleich zu Düppel in den Hintergrund getreten. Es werden nicht alle Schlachten gleich stark in Erinnerung behalten. Bis in unsere Tage ist Düppel die zentrale Erfahrung im dänischen Geschichtsbewusstsein. Und obgleich die Verteidigung der Düppeler Schanzen schließlich unsinnig, ja für die dänischen Interessen schädlich war und obgleich die Schlüsse, die man aus dem Kampf am 18. April 1864 hätte ziehen können, von einem gemütskranken Staatsminister verworfen wurden, so gelang es im öffentlichen Bewusstsein doch, aus Düppel einen heldenhaften Kampf gegen eine Übermacht und eine ehrenvolle Niederlage zu schmieden. Auf der anderen Seite wurde in Deutschland ein Mythos geschaffen, der Düppel als den ersten in einer Reihe von Siegen sah: Düppel, Königgrätz und Sedan schufen gemeinsam das deutsche Kaiserreich Wilhelms I.

Ganz anders verhielt es sich mit der Schlacht um die Insel Alsen am 29. Juni 1864. Von deutscher Seite wurde ihr eine ebenso große Bedeutung beigemessen wie dem Sturm auf Düppel. Allein schon das Übersetzen tausender Soldaten in kleinen Booten über den Alsensund war für Preußen, das keine nennenswerte Flotte besaß, ein großer Erfolg, und danach konnte Alsen im Verlauf von nur einem Tag erobert werden – in einem Kampf, der ebenso blutig war wie zuvor

die Schlacht um Düppel. Deshalb sind in Deutschland die damals nach Düppel und Alsen benannten Straßen in ihrem Ansehen gleichgestellte Adressen – die Villenkolonie Düppel und das Alsenviertel im Spreebogen in Berlin sind die bekanntesten Beispiele. Auf dänischer Seite wurde „Alsen“ hingegen schnell verdrängt. Man sah keine Ehre darin, bei Sonnenaufgang überlistet zu werden und sich danach in vielen kleinen Scharmützeln zurückzuziehen. Deshalb gibt es in Dänemark viele Düppelstraßen, nach Alsen benannte Wege beziehen sich jedoch ausschließlich auf die geografische Einheit.

Idstedt wiederum wurde in Dänemark als ein großer Sieg empfunden, deshalb gibt es in vielen dänischen Städten eine Idstedtstraße. Vielleicht war aber dieser Sieg auch zu groß – denn die Verdrängung der Tatsache, dass man „nur“ die schleswig-holsteinische Armee besiegt hatte, trug zu einem wesentlichen Teil zu jenem Übermut bei, aus dem sich 1864 entwickeln sollte. Der Sieg wurde somit überschattet von 1864, als der Sieg von Idstedt seine Bedeutung verlor. Der Hurratriotismus der 1850er Jahre – unter dem Motto, dass „die Dänen sich beherzt zu noch einem Kampf entschließen können“ – wurde von einer ganz und gar anderen Erfahrung abgelöst. Somit kann man sagen, dass Siege in der Erinnerung von Nationen in der einen oder anderen Weise weiterleben; Niederlagen hingegen immer wieder erklärt und bearbeitet werden müssen. Deshalb hat Schleswig-Holstein gerade hier in Idstedt seinen größten Erinnerungsort für seine größte Niederlage errichtet.<sup>2</sup>

Zugleich war Idstedt der Ort, an dem das Projekt eines selbständigen Schleswig-Holsteins im Deutschen Bund gescheitert war. Der Traum von Schleswig-Holstein unter einem eigenen Herzog erwachte zwar 1864 erneut, wurde aber von Bismarck schnell beiseite geschoben. Jegliche Form von „Separatismus“ wurde bekämpft, angefangen beim Verbot des Schleswig-Holstein-Liedes bis zum Auftrittsverbot für Herzog Friedrich von Augustenburg in den Herzogtümern. Es bleibt aber die Frage, ob Schleswig-Holstein unter anderen Bedingungen ein erfolgreiches und überlebensfähiges Nationsprojekt hätte sein können.

## **Nationalstaaten und Projekte zur Nationenbildung**

Laut der Definition des Ethnologen Thomas Højrup sind für eine Staatsbildung zwei Grundvoraussetzungen erforderlich: Der projektierte Staat muss sowohl von seinen Bürgern Zustimmung und Anerkennung erfahren als auch die Anerkennung durch die ihn umgebenden Nationen erhalten. Während diese äußere Anerkennung die Annahme voraussetzt, dass der Staat in der Lage ist, seine Souveränität aufrecht zu erhalten, ist es für die innere Anerkennung notwendig, dass die Nation eine gemeinsame Geschichtstradition und gemeinsame nationale Ziele entwickelt.<sup>3</sup> In seiner Geschichte hatte Schleswig-Holstein auf jeden Fall



Abb. 1 Schlacht bei Idstedt. Ausschnitt aus einem „Neuruppiner Bilderbogen“, 1850

eine selbständige und allgemein bekannte historische Tradition, nämlich die Absonderung Schlesiws als Herzogtum im Mittelalter und die spätere Zusammengehörigkeit mit Holstein als „Herzogtümer“, die bis 1864 als ein deutlich getrennter und selbständiger Teil des dänischen Gesamtstaates verwaltet wurden.

Allerdings fehlte Schleswig-Holstein das, was Anthony D. Smith „den ethnischen Kern“ genannt hat, das heißt das Bewusstsein, einem Volk anzugehören.<sup>4</sup> Der Begriff „Volk“ wurde seit der Zeit vor dem Bürgerkrieg von 1848 in ganz Zentral- und Nordeuropa vor allem über die Kategorien „eine Sprache“ und „eine Volkskultur“ definiert. Und hier lag Schleswig-Holstein – besonders Schleswig – direkt im Kreuzfeuer zweier gegensätzlicher Ansprüche: Aus dem Süden kamen alle möglichen Beweise dafür, dass Schleswig „urdeutsch“ war, dass Deutsch auf jeden Fall die Kultursprache war und dass die Elemente der Volkskultur auf keinen Fall „urdänisch“ seien. Aus dem Norden hingegen lieferten Sprach- und Kulturforscher ebenso viele Argumente dafür, dass Schleswig bis zur Eider erzdänisch war und dass die gesamte alte Kultur und Sprache dänisch oder nordisch geprägt waren. Jenseits dieser gegenläufigen Ansprüche hätte das Herzogtum Schleswig seine besondere Prägung gerade durch die Mehrkulturalität und die Mehrsprachigkeit behaupten können – aber das gehörte nicht zu der allgemein akzeptierten Definition vom „wahren Nationalstaat“. Die Epoche der Kriege um Schleswig im 19. Jahrhundert wurde deshalb auf die Dauer von den zwei großen Projekten der Nationenbildung geprägt, dem deutschen und dem dänischen.

Ein jedes auf Dauer angelegtes Projekt der Nationenbildung baut auf eine Reihe

von Teilprojekten auf, von denen einige mittelfristig, andere langfristig angelegt sind. Betrachten wir Dänemark seit den 1850er Jahren bis in unsere Gegenwart, so waren es in jedem Fall drei große nationale Projekte: Das erste Projekt galt dem Ziel, Hamburg zu umgehen, das zumindest aus Kopenhagener Sicht als ökonomischer „Erbfeind“ erschien. Große Teile der traditionellen Infrastruktur Dänemarks beruhen auf dem Bemühen, sich einen Zugang zum Weltmarkt zu erschließen, ohne dabei Hamburg zu berühren: Dazu zählt auch der Eiderkanal, der seit 1784 den Handelsweg von der Ostsee in die Nordsee über Tönning leiten sollte. Die ersten Eisenbahnlinien der Herzogtümer von Kiel nach Altona (1844) und von Flensburg nach Husum und Tönning (1854) kreuzten die jütische Halbinsel, um Hamburg zu umgehen. Die 1868 fertiggestellte Ost-West-Bahnlinie von Kopenhagen zum neu angelegten Hafen von Esbjerg diente ebenfalls dem Handel mit England und Holland an Hamburg vorbei.

Das zweite Projekt war gesellschaftlicher Art: Zum einen wurde eine „Kultur der Genossenschaften“ in Dänemark entwickelt, die eine breite demokratisch begründete Gemeinschaft in Vereinen und Genossenschaften hervorbrachte, sie ging von der allseits bekannten Devise aus: „Was außen verloren wurde, soll im Innern gewonnen werden.“ Daraus entstand der „Wohlfahrtsstaat“: Seit dem Aufbau einer öffentlichen Wohnungspolitik im Ersten Weltkrieg bis zu deren Höhepunkt in den 1960er und 1970er Jahren entstand eine Allianz aus Kleinbauern- und Arbeiterbewegung, Intellektuellen und Gesellschaftsreformern, die ihren Ursprung in den sozialen und sozialistischen Strömungen Europas hatte.

Aber dieser Wohlfahrtsstaat war auch das Resultat des dritten nationalen Projekts: das zivile Dänemark – ein Land, das nach der Niederlage 1864 seinen Platz in der Welt als ein europäischer Kleinstaat akzeptiert hatte und deshalb darauf verzichtete, militärische Nationsprojekte zu betreiben und stattdessen eine überzeugende bürgerliche Gemeinschaft aufbaute. Auf diese Position ist es auch zurückzuführen, dass sich Dänemark im Zweiten Weltkrieg dem deutschen Nachbarn gegenüber für eine Politik der Anpassung und der Zusammenarbeit entschied. Allerdings war Dänemark dabei eines der wenigen Länder Europas, das keine nennenswerte antidemokratische geschweige denn faschistische Bewegung hervorbrachte. Antidemokratische Strömungen bei den Nationalkonservativen und eine nationalsozialistische Partei waren zwar vorhanden und durchaus gefährlich, doch blieben sie zahlenmäßig unbedeutend und konnten ihre Politik selbst unter der deutschen Besatzung nicht durchsetzen. Die Verurteilung der Zusammenarbeitspolitik scheint in der heutigen dänischen Geschichtsschreibung einen größeren Platz einzunehmen als die Anerkennung der Tatsache, dass antidemokratische Bewegungen in Dänemark äußerst wenig Rückhalt in der Bevölkerung hatten.

Betrachten wir das deutsche Kaiserreich zwischen 1871 und 1914, dann gab

es ebenfalls drei nationale Projekte: Das erste Projekt kann unter das Motto „Deutschland als Zivilisation“ gestellt werden. Durch dieses Projekt konnte auf vielfältige Weise die Bindung zwischen Nation und Volkskultur, die andere Nationen zusammenhielt, ersetzt werden – denn für den neuen Großstaat war offensichtlich, dass nur mit den allergrößten Verrenkungen das Bild einer gemeinsamen deutschen Volkskultur geschaffen werden konnte. Als zentrales Element des deutschen Nationsprojekts setzte man deshalb vor allem auf die Sprache, die Bildungskultur und die Vor- und Frühgeschichte. So hatte das Kaiserreich im Gegensatz zu vielen anderen Ländern lange Zeit keine eigenständige Architektur. Vielmehr wollte man durch den Gebrauch der großen historischen Stile in wilhelminischer Zeit zeigen, dass man über die Vielzahl der nationalen Einzelkulturen erhaben und somit eine Zivilisation sei. Erst als das Kaiserreich gefestigt war, war man bereit, sich einem neuen Regionalismus zu öffnen, was etwa ab 1900 dazu führte, dass sowohl regionale Volkskultur als auch Baustil eine hohe Anerkennung fanden. In Norddeutschland fand dies seinen Ausdruck in Julius Langbehns „Rembrandtdeutschtum“<sup>5</sup> und in den Backsteinbauten im schleswig-holsteinischen Heimatschutzstil.

Das zweite Projekt betraf den Sozialstaat. Auf dem patriarchalischen Weg zum modernen Sozialstaat, den das Bismarck-Reich in den 1880er Jahren einschlug, war man bis 1914 den meisten anderen Staaten deutlich voraus – auch den heutigen Wohlfahrtsstaaten wie Dänemark. Es sei in diesem Zusammenhang nur erwähnt, dass es in Dänemark bis 1917 undenkbar war, dass von den Gemeinden Arbeiterwohnhäuser errichtet wurden. In Deutschland gab es kommunalen Sozialwohnungsbau bereits ständig seit etwa 1900, so z.B. in Friedrichstadt, Apenrade und Sonderburg.

Das dritte Projekt betraf den Militärstaat, das Deutsche Reich als Großmacht. Dieses Vorhaben hatte seine Wurzeln im früheren preußischen Staatsprojekt. Es wurde aber erst in den 1890er Jahren unter Wilhelm II. richtig in Fahrt gebracht. Auf Schleswig-Holstein hatte es in mehrfacher Weise Auswirkungen, besonders durch den Aufbau der deutschen Hochseeflotte, den Bau des Kaiser-Wilhelm-Kanals und durch die Errichtung neuer Marinestützpunkte namentlich in Flensburg-Mürwik und Sonderburg. Dabei war Deutschland innerhalb Europas nicht der einzige Staat, der den Rang einer Großmacht anstrebte, und bombastischer Nationalismus war in den Jahren bis 1914 auch in anderen Großstaaten verbreitet. Aber zweimal führte das deutsche Großmachtsprojekt sowohl Deutschland als auch Europa geradewegs in die Katastrophe eines Weltkrieges. Nach der ersten Katastrophe bewahrte die deutsche Nation – genau wie Dänemark nach 1850 – diese gefährlichen Illusionen. Nach dem zweiten Mal, als Deutschland in Trümmern lag, geteilt und verkleinert worden war, hatte man die Lektion gelernt.

## Frieden, Krieg – und Erfahrung

Im Folgenden möchte ich näher auf den Begriff der nationalen Erfahrung eingehen und in Anknüpfung an die beiden Gedenkstätten für die Erfahrung der Kriege in unserem Grenzland – Idstedt und Düppel – darüber nachdenken, wie wir mit unserer nationalen Erfahrung umgehen.

Nationale Erfahrung sollte bedeuten, wenn sie denn als eine echte Erfahrung bezeichnet werden kann, dass man gemeinsam klüger geworden ist und sowohl mit der Geschichte als auch mit seiner Identität verantwortungsbewusst umgeht. Aufgrund seiner schmerzlichen Erfahrungen aus zwei Weltkriegen hat das deutsche Volk zweifellos eine solche nationale Erfahrung gemacht. Dies zeigt sich deutlich in der in Deutschland weit verbreiteten gesunden Skepsis davor, sich heute in neue Kriegsabenteuer zu begeben. Aber Erfahrungen zeigen sich auch in der Darstellung und Vermittlung von Krieg in Gedenkstätten und Museen, wie man es als Beispiel in der Ausstellung der Idstedt-Halle sehen kann.<sup>6</sup> In der deutschen Darstellung von Krieg findet sich die durchgängige Aussage, dass Krieg eine äußerst ernste Angelegenheit ist. Wir sehen nicht nur den politischen Hintergrund, den Verlauf und die Technik des Krieges. Vielmehr sehen wir auch sein Grauen, seine Opfer und die Sinnlosigkeit. Museen über Krieg und Kriegsverbrechen in Deutschland sind zumeist nicht nur Denkmale, sondern Mahnmale.

1864 wurden auch die Dänen ein Volk mit Erfahrung. Dänemark entschied sich danach für einen anderen Weg als den schwierigen nationalistisch-militärischen. Dänemark hatte – wie bereits erläutert – Erfolg mit neuen zivilen Projekten, was durch die Lage an der Peripherie Europas erleichtert wurde. Bis über den Zweiten Weltkrieg hinaus, in mancherlei Hinsicht vielleicht sogar bis 1989, war die dänische Außenpolitik durch die Erfahrung von Düppel beeinflusst. Andererseits erscheint es mitunter so, als ob man in Dänemark aufgrund der langen Friedenszeit seit Düppel 1864 langsam jene nationale Erfahrung vergessen hat. Es stellt sich die Frage, ob das heutige Dänemark beispielsweise in der sogenannten „aktiven Außenpolitik“ leichtsinnig mit dem Begriff Krieg umgeht, weil gewisse nationale Erfahrungen weit in den Hintergrund getreten sind. Oder baut die derzeitige Regierungsmehrheit ihre Politik vielleicht auf anders gedeutete Erfahrungen auf?

Jedenfalls geht man in Dänemark mit Kriegen auf eine fast schon „unschuldig“ zu nennende Weise um – ganz anders als in Deutschland. In Museen und Gedenkstätten wird Krieg mitunter auf eine Weise vermittelt, wie sie in Deutschland undenkbar wäre – zum Beispiel durch Aktivitäten der Besucher, durch lebensnahe Nachstellung und Rollenspiele. Zwar versuchen wir im Sonderburger Schlossmuseum und im Historiecenter Düppel Seriosität und fachliche Integrität auf jeden Fall zu wahren. Doch überall lauert die Gefahr, die Geschichte des



Abb. 2  
Deutscher und  
dänischer Soldat  
bei gemeinsamer  
Kranzniederlegung,  
Düppel 2003

Krieges „spannend“ darzustellen und ein „Erlebnis“ nur um des Erlebnisses willen anzubieten, und zuweilen überschreiten wir die ethischen und moralischen Grenzen.<sup>7</sup> Einerseits sollten wir uns in Dänemark freuen, dass unsere friedliche und zivile Geschichte es uns ermöglicht, mit Krieg und Katastrophen so „unschuldig“ umzugehen. Andererseits müssen wir aber diese vermeintliche „Unschuld“ stets kritisch betrachten, und zwar sowohl bei der historischen Vermittlung als auch auf dem Feld der Politik!

Dänemark und Deutschland sind somit auch im Umgang mit dem Krieg von ihrer jeweils anderen Geschichte geprägt. Deshalb bin ich der Ansicht, dass man weiterhin voneinander lernen kann. Vielleicht sind Deutschland und Dänemark erst endgültig dann normale und erfahrene Länder, wenn die deutschen Kriegsmuseen und -gedenkstätten sich von Mahnmalen zu Denkmälern entwickeln, während wir in Dänemark im Gegenzug daran gehen sollten, anstelle von reinen Erlebnisorten und bloßen „Guck-Malen“ richtige Denkmäler für unsere kriegerische Erfahrungen zu schaffen.

## Kulturerbe ist immer mehrdeutig

Wie ich dargelegt habe, gehören nicht nur Kriege zu den nationalen Erfahrungen. In unserer Region stehen wir auf beiden Seiten der Grenze vor der Herausforderung, das zivile, friedliche Kulturerbe gleichberechtigt und ebenso spannend erzählt neben dem Erbe der Kriege darzustellen. So erscheint es absurd, dass so viele dänische Kriegs- und Befestigungsanlagen musealisiert worden sind, während es Beispiele unserer erfolgreichen zivilen Projekte schwer haben, auf die Liste des Kulturerbes zu kommen. Über 100 militärische Anlagen stehen in Dänemark unter Denkmalschutz, aber nur vier Genossenschaftsmeiereien und vier Versammlungshäuser! Aber waren diese bescheidenen Kulturdenkmale nicht gerade der beste Beitrag Dänemarks zur europäischen Zivilisationsgeschichte? Wir sollten ernsthaft darüber nachdenken und in unserem Geschichtsbewusstsein das Kulturerbe des friedlichen Alltags annehmen und uns an diesem Teil unserer Geschichte erfreuen. Auch Deutschland bekäme es gut, nicht nur die Schatten der Kriege in das Blickfeld zu rücken, sondern auch den weniger beachteten Teil des Kulturerbes stärker ins Licht zu rücken. Dieses reicht vom Arbeiterwohnungsbau der 1880er Jahre über den Siedlungsbau der 1920er Jahre bis zu den Aufbaujahren der Wirtschaftwunder-Ära und dokumentiert auf seine Weise den Weg zum heutigen zivilen Sozialstaat.

Das Kulturerbe ist als ein Werkzeug zu verstehen, wie es Thomas Højrup ausgedrückt hat: eine intellektuelle Anstrengung, die es uns ermöglicht, größere Perspektiven zu erkennen und auch unsere eigene Nation in ein Verhältnis zu den anderen Nationen dieser Welt zu setzen.<sup>8</sup> Gerade im deutsch-dänischen Grenzland besitzen wir die Möglichkeit, unser nicht-kriegerisches Kulturerbe zu nutzen, um einen höheren Grad an gemeinsamer Erfahrung bewusster zu entwickeln. Das Kulturerbe in unserem gemeinsamen Schleswig nördlich und südlich der Grenze ist dafür eine einmalige Geschichtserfahrung. Sie zeigt nämlich – wenn wir in der Lage sind, sie zu deuten, sie zu lesen und sie zu vermitteln – dass es hier eine tausendjährige Erfahrung von Mehrkulturalität und kultureller Mischung gibt und dass sich hier Identitäten, Nationalitäten und Nationsprojekte begegnen. Es ist somit eine ketzerische Korrektur nötig an all den Illusionen, nach denen Nationen nur von einer Kultur und einer Identität beseelt sind.

Auf diese Weise hat das schleswigsche Kulturerbe eine einzigartige Bedeutung für Dänemark und Deutschland in ihrer Rolle als Kulturnationen. Das Kulturerbe verschafft uns die Erfahrung der Vieldeutigkeit und Gegensätzlichkeit, die jedem Kulturerbe eigen sind. Hier kann man feststellen, dass die Deutschen durch ihre notwendige Vergangenheitsbewältigung tüchtiger dabei sind, die Vielschichtigkeit und Gegensätzlichkeit zu erfassen und zu bearbeiten. Das sieht man beispielsweise in dem umsichtigen Umgang mit dem nicht selten schwierigen



Abb. 3 Sozialer Wohnungsbau des Sonderburger Arbeiterbauvereins an der damaligen Langenvorwerker Allee (heute: Hertug Hans Vej) von 1908 – Beispiel für ein unterschätztes ziviles Kulturerbe

Kulturerbe des Kaiserreichs, des Dritten Reichs, der DDR und der Bundesrepublik. Als Beispiele seien die Marineschule Mürwik, das Zeppelfeld in Nürnberg, die frühere Stalinallee in Berlin und das erste Hochhaus in Kiel genannt. Im dänischen Nordschleswig tut man sich demgegenüber ein wenig schwerer mit dem Kulturerbe „der Anderen“.<sup>9</sup> Dabei könnten wir ebenso gut beispielsweise in Sonderburg Teile des Hafens mit den Schanzen von 1864, der deutschen Marinestation von 1906, der Infrastruktur der 1920er Jahre mit Kaianlagen und Brücke, das Zentralkrankenhaus der 1970er Jahre und als Zeichen unserer heutigen „Wissensgesellschaft“ die Universität von 2007 in eine gemeinsame Geschichtsdarstellung einbringen.

Krieg und Frieden, militärisch oder zivil – Idstedt scheint mir der geeignete Ort zu sein, sich daran zu erinnern, dass wir im deutsch-dänischen Grenzland nicht nur unsere nationalen Erfahrungen miteinander austauschen können, sondern dass wir hier eine teuer erkaufte gemeinsame Erfahrung besitzen – eine gemeinsame Erfahrung, die eine Entwicklung von Krieg, Konflikt und Gegensatz zu friedlichem Zusammenleben, Zusammenarbeit und Miteinander beinhaltet. Eine Erfahrung, die es wert ist, in unserem gemeinsamen Europa bekannt gemacht und verbreitet zu werden.

Übersetzung: Frank Lubowitz

## Anmerkungen

- 1 Tom Buk-Swienty: Slagtebænk Dybbøl, København 2008.
- 2 Dazu u.a. Matthias Scharl: Ildstedt: Erinnerungsort gemeinsamer deutsch-dänischer Geschichte. Die neue Ausstellung in der Ildstedt-Halle, Flensburg/Schleswig 2006. Manfred Jessen-Klingenberg u. Jörn-Peter Leppien: Die Schlacht bei Ildstedt. Zum Wandel des nationalen Bewusstseins in Schleswig-Holstein seit dem Ausgang der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts, in: GFH 3/2001, S. 165 ff.
- 3 Thomas Højrup: Dannelsens dialektik. Etnologiske udfordringer til det glemte folk, København 2002. Vgl. auch Inge Adriansen, Peter Dragsbo u. Thomas Højrup: Den nationale kulturarv og Sønderjylland – et spørgsmål om nationale „værdier“ eller kollektive erfaringer, in: Inge Adriansen u. Peter Dragsbo (Hrsg.): Sønderjysk kulturarv. Sønderjyske Museer 2003-04, Aabenraa 2005, S. 10-23.
- 4 Inge Adriansen: Nationale symboler i det danske rige 1830-2000. Bd. 1, København 2003.
- 5 Julius Langbehn: Rembrandt als Erzieher. 1890.
- 6 Inge Adriansen u. Matthias Scharl: Erindringssteder nord og syd for grænsen. Erindringsstätten nördlich und südlich der Grenze. Sonderburg/Schleswig 2006. Siehe auch Anm. 2.
- 7 Vgl. u.a. René Rasmussen: Dänischer Sturm auf Düppel, in: GFH 2/2000, S. 151-177. Ders.: Den forstærkede Dybbølfortælling – kulturarvsformidling eller imderholdning? In: Inge Adriansen u. Peter Dragsbo (Hrsg.): Sønderjysk kulturarv. Sønderjyske Museer 2003-04, Aabenraa 2005, S. 104-111. Mads Daugbjerg: En oplevelse af oplysning: fornuft og følelse i erindringen om Dybbøl og 1864, in: Nordisk Museologi 1-2, Århus 2008, S. 33-54. Inge Adriansen: En dynamisk kulturarv. Dybbøls tolv metamorfoser: ebenda, S. 55-73. Siehe auch Anna Buck: Öffentliches Gedenken im Wandel. Zur Erinnerungskultur der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig, in: GFH 1/2007, S. 31-46.
- 8 Wie Anm. 2.
- 9 Peter Dragsbo: Forsømt kulturarv i Sønderjylland, in: Inge Adriansen u. Peter Dragsbo (Hrsg.): Sønderjysk kulturarv. Sønderjyske Museer 2003-04, Aabenraa 2005, S. 118-123. Ders.: Das deutsche Kulturerbe in Nordschleswig – vergessen und vernachlässigt? In: GFH 3/2004, S. 199-203.

# Von christlicher Nächstenliebe zur professionellen Verwundetenpflege

Militärmedizin in Schleswig-Holstein 1848-1918

von CLAUDIA KOCH

*An die Anfänge der Militärmedizin in Schleswig-Holstein erinnert die Projektmitarbeiterin der Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg, Claudia Koch. Schon im Krieg 1848-1851 verfügte die schleswig-holsteinische Armee über ein für damalige Verhältnisse modernes Sanitätswesen. Die christlich motivierte Nächstenliebe besonders der Frauen bei der Versorgung der verletzten Soldaten war allerdings noch unverzichtbar. Als sich 1864 dänische und deutsche Soldaten blutige Gefechte lieferten, waren erstmals Beobachter des kurz zuvor gegründeten Internationalen Roten Kreuzes dabei. „Von christlicher Nächstenliebe zur professionellen Verwundetenversorgung“ heißt der Titel einer Sonderausstellung, die die Historikerin Claudia Koch 2008 in der Idstedthalle erarbeitet hat. Ihre Einführungsrede geben wir im Folgenden mit leichten Änderungen wieder.*

*Die Redaktion*

## Einleitung

Kriege bedeuten immer den Verlust von Menschenleben. Kriege bedeuten darüber hinaus stets eine große Anzahl verletzter Menschen. Im Laufe des 19. Jahrhunderts wandelte sich der Umgang mit diesen unausweichlichen Kriegsfolgen. Die kriegsbedingten, schmerzhaften Verletzungen und das oft qualvolle Sterben aufgrund mangelnder Hilfe wurden von aufgeklärten Bevölkerungsschichten immer weniger akzeptiert. Auch in Militärkreisen erkannte man den Wert einer funktionierenden Kriegsmedizin und handlungsfähigen Kriegskrankenpflege, die zudem eine zügige Genesung zwecks Wiederverwendung der Soldaten auf dem Schlachtfeld versprachen.

Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts verloren die europäischen Armeen während einer Schlacht durchschnittlich 20 Prozent ihrer Soldaten durch Verletzungen und Krankheiten,<sup>1</sup> ein nennenswertes Militärsanitätswesen existierte nicht. Mitte des Jahrhunderts schwankten die Verlustzahlen erheblich; der Krimkrieg (1853-56) mit einer Verlustquote von fast 30 Prozent war dafür eines der schlimmsten Beispiele.<sup>2</sup> Auffällig viele Soldaten starben nicht an Kriegsverletzungen, sondern durch Krankheiten.

Die Entwicklung der medizinischen und pflegerischen Behandlung von Soldaten während kriegerischer Auseinandersetzungen von der Mitte des 19. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts soll im Folgenden beispielhaft anhand des dreijährigen Bürgerkriegs um das Herzogtum Schleswig 1848-1851, des deutsch-dänischen Kriegs 1864 und des Ersten Weltkriegs 1914-1918 aufgezeigt werden.

### **1848-1851: Das Militärsanitätswesen der Schleswig-Holsteinischen Armee**

Der nach der Bildung der Provisorischen Regierung im März 1848 aus bisherigen Soldaten der südlichen Abteilungen der gesamtstaatlichen Streikräfte und vor allem aus Freiwilligen gegründeten schleswig-holsteinischen Armee fehlte es an Offizieren, Verwaltungskräften, Versorgungspersonal und anderen wesentlichen Grundlagen. Für das Sanitätswesen bot sich die Chance eines grundlegenden Neuaufbaus nach damals neuesten fachlichen Erkenntnissen, die nach Meinung von Zeitgenossen gut genutzt wurde.<sup>3</sup> Wenn auch in den wenigen Jahren der Existenz dieser Armee nicht alle Defizite beseitigt werden konnten, entwickelten die verantwortlichen Ärzte ein für jene Zeit fortschrittliches Militärsanitätswesen. Gut durchorganisiert entsprach es den damaligen medizinischen und sanitätsdienstlichen Standards und wies darüber hinaus in hygienischer und medizinischer Hinsicht entscheidend wichtige Neuerungen auf. Vielen auswärtigen Militärs galt es sogar als vorbildlich.<sup>4</sup>

Verantwortlich dafür waren zwei zivile Kieler Universitätsärzte: Prof. Bernhard von Langenbeck (1848) und Prof. Louis Stromeyer (1849-1851), die nacheinander den Posten des Generalstabsarztes innehatten. Langenbeck organisierte eiligst ein schnell einsatzbereites Sanitätswesen. Er kümmerte sich um ausreichend Ärzte und ließ neue chirurgische Instrumente anfertigen, darüber hinaus musste er seine chirurgischen Kenntnisse auf dem Schlachtfeld unter Beweis stellen. Sein Nachfolger Stromeyer konnte sich dem organisatorischen Aufbau widmen und so die später gelobten Neuerungen einführen.<sup>5</sup> Ein Schlüssel zum Erfolg bestand in der möglichst zeitnahen Erstversorgung verletzter Soldaten und ihres schnellen Transports zu Verbandsplätzen, die nicht nur zahlreicher wurden, sondern auch näher an die Schlachtfelder heranrückten. Ab Mitte 1849 brachten flexibel einsetzbare Krankenträgerkompanien und Brigadeambulanzen Verletzte in die Feldlazarette.<sup>6</sup> Zudem erhielten die Einheiten in gewissem Umfang Verbandsmaterial und Medizin für die Erstversorgung. Stromeyer führte zudem in den Lazaretten lebensrettende Verbesserungen ein. So wurde für frische Luft und gutes Licht gesorgt und auf Sauberkeit der Unterkunft, des Personals und der Bett- und Krankenwäsche geachtet. Lazarette mit mehr als 50 Betten bekamen eigene Feldapotheker. Der gefürchtete Hospitalbrand trat nicht mehr auf, Wundinfektionen und ansteckende Krankheiten gingen merklich zurück.



Abb. 1 Verwundetentransport nach der Schlacht bei Idstedt. Zeichnung des dänischen Künstlers Niels Simonsen, 1850

So segensreich sich die eingeführten Neuerungen auswirkten, blieben die räumlichen, personellen sowie sachlichen Beschränkungen doch groß. Die Zeitspanne von wenigen Jahren dürfte nicht ausgereicht haben, die erstrebten Verbesserungen in vollem Umfang umzusetzen. So fehlte es immer wieder an Ärzten und Krankenträgern. Weiterhin starben viele Soldaten an ihren Schussverletzungen, weil sie zu spät versorgt wurden, obwohl auch die lokale Bevölkerung nach wie vor bei der Erstversorgung und Bergung von Verwundeten nach einer Schlacht half. Der Transport der Verwundeten zu Verbandsplätzen und Lazaretten mit Hilfe von Tragbahnen oder Leiterwagen mit Strohpolsterung blieb oftmals primitiv und war auf den unebenen Straßen für die Verletzten äußerst schmerzhaft. Als Verbandsmittel gab es Charpie (Leinwand), die in Wasser oder Öl getaucht auf die Wunden gelegt wurde. War diese nicht vorhanden, mussten auch Werg, Moos oder Heu herhalten.<sup>7</sup> 16 Prozent der Verwundeten überlebten nicht.<sup>8</sup> Auch Amputationen blieben an der Tagesordnung. Operationen, bei denen Arm oder Bein erhalten blieben, waren selten. Die Ärzte konnten kaum aufwändige chirurgische Möglichkeiten einsetzen, denn sie mussten die Massen der Verwundeten so schnell wie möglich behandeln. Auch Betäubungsmittel – obwohl schon bekannt – kamen wenig zum Einsatz.

Die Hauptlazarette richtete man in Kasernen, Kirchen, Schulen, Scheunen und Stallungen ein. Hier lagen die Verwundeten auf Strohsäcken, die leichter Verletzten auch mal auf bloßem Stroh auf dem Fußboden. Vieles blieb gerade in der Aufbauphase der Armee provisorisch: So fehlte es im ersten Kriegswinter an Woldecken. Die Pflege der Kranken übernahmen in der Krankenversorgung unerfahrene, oft ältere Soldaten als Krankenwärter. Aber auch Privatleute oder Gasthäuser nahmen Verwundete, vorzugsweise Offiziere, auf und pflegten diese. Das militärische Sanitätswesen hatte in Schleswig-Holstein während des Kriegs von 1848-50 trotz aller Defizite große Fortschritte erzielt, so dass die gewonnenen Erkenntnisse von anderen Armeen wie der preußischen übernommen und weiter entwickelt werden konnten.

### **Der Krieg von 1864: Entstehung von freiwilligen Kriegshilfsorganisationen**

Die erprobten Verbesserungen kamen den preußischen und österreichischen Soldaten im deutsch-dänischen Krieg 1864 zugute. Die Preußen hatten zudem das bisherige Hauptfeldlazarett durch kleinere Lazarette ersetzt, um eine schnellere Verwundetenversorgung zu gewährleisten. Auch wurde erstmals ein verantwortlicher Chefarzt ernannt.

Die wesentliche Neuerung im Krieg 1864 bestand in den organisierten Hilfsbemühungen privater, zu diesem Zweck gegründeter „Lazarettvereine“ oder „Kriegshilfsvereine“. In zahlreichen preußischen und schleswig-holsteinischen Städten entstanden 1864 diese Vorläufer der späteren Rot-Kreuz-Vereine, so in Kiel, Rendsburg, Eckernförde, Schleswig, Flensburg, Apenrade, Gravenstein und Sonderburg.<sup>9</sup> Ihre Mitglieder, Männer wie Frauen, sammelten „Liebesgaben“,<sup>10</sup> unterstützten das militärische Sanitätspersonal bei der Versorgung von Verwundeten oder stellten Räume für Lazarette zur Verfügung. In Kiel engagierte sich besonders der bekannte Chirurg Friedrich Esmarch<sup>11</sup> für diese zivile Unterstützung des Militärs.

Obwohl das Internationale Rote Kreuz auf Initiative von Henry Dunant erst im Oktober 1863 gegründet worden war<sup>12</sup>, zeigte die Organisation bereits im deutsch-dänischen Krieg 1864 Präsenz: Der Schweizer Arzt Louis Appia und der Niederländer Charles van de Velde wurden als Beobachter des Kriegsgeschehens entsandt.<sup>13</sup> Sie trugen als erste eine weiße Armbinde mit einem roten Kreuz als neutrales Erkennungszeichen. Eine wesentliche Aufgabe der beiden Delegierten war die Organisation der Verteilung privater Hilfsgüter, wobei Appia auf deutscher und van de Velde auf dänischer Seite eingesetzt war. Die humanitären Pionierleistungen im Krieg 1864 mündeten im August desselben Jahres in die Unterzeichnung der ersten Genfer Konvention zum Schutz von Verwundeten, Kranken und Sanitätspersonal durch 16. Staaten.



Abb. 2 Amputationshütte in einem preußischen Feldlazarett bei Düppel. Abbildung aus: The London Illustrated News, 7. Mai 1864

Die 1864 erst entstehenden Kriegshilfsvereine konnten die vorhandenen Defizite der militärischen Krankenpflege nicht ausgleichen. Weiterhin spielte die spontane Hilfsbereitschaft der Bevölkerung eine große Rolle. Bekannt ist die Geschichte von der Versorgung zahlreicher Verwundeter der Schlacht von Oeversee/Sankelmark durch spontan herbeigeeilte Flensburger Bürger, die allerdings historisch nicht gesichert erscheint und deshalb als Legende zu betrachten ist.<sup>14</sup> Darüber hinaus kamen in Schleswig-Holstein Ärzte, Pfleger sowie erstmals 40 in der Krankenpflege ausgebildete Diakonissen des Johanniterordens aus Berlin und Kaiserswerth zum Einsatz.<sup>15</sup>

Die Betreuung in den noch immer wenig komfortabel ausgestatteten Lazaretten dürfte sich für die Überlebenden aufgrund der vielen Spenden, der freiwilligen, aber auch z. T. professionellen Helfer verbessert haben. Die Verlustzahlen blieben dennoch hoch, ansteckende Krankheiten bildeten ein zusätzliches Problem. Die Transporte zu den Feldlazaretten für die Erstversorgung und danach zu den Lazaretten waren für die Verwundeten beschwerlich, schmerzhaft und nicht selten zu langsam. Nach der Ankunft begann das oftmals quälend lange Warten auf die lebensrettende Operation. In dieser Hinsicht waren im Vergleich zu 1848/50 nur geringe Fortschritte zu beobachten.

## Professionalisierung der freiwilligen Krankenpflege

Als Folge der Kriege 1864, 1866 und 1870/71 wurde das Sanitätswesen der preußischen, später deutschen Armee bis zum Ersten Weltkrieg kontinuierlich modernisiert. Nicht unwesentlichen Anteil daran hatten renommierte Mediziner, Hygieniker und Chirurgen wie der erwähnte Friedrich Esmarch, der 1869 die Broschüre „Der erste Verband auf dem Schlachtfeld“ mit dem auch in der zivilen Ersten Hilfe gebrauchten Dreieckstuch herausgab. In seinem 1877 erschienenen erfolgreichen „Handbuch der Kriegschirurgischen Technik“ gab er Chirurgen anschaulich sein erworbenes Wissen weiter. Durch die enge Verknüpfung von ziviler und militärischer Medizin profitierten beide Seiten von den jeweiligen neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen<sup>16</sup>.

Als unverzichtbares Element entwickelte sich in diesen Jahrzehnten das Rote Kreuz als private Kriegshilfsorganisation, die sich jedoch eng mit dem militärischen Sanitätsdienst verknüpfte und militärische Elemente in ihrer Struktur nicht verleugnen konnte. Seit 1870 stand ein Kommissar der Freiwilligen Krankenpflege als Bindeglied zwischen dem Roten Kreuz und dem militärischen Sanitätswesen, um im Kriegsfall die reibungslose Zusammenarbeit sicherzustellen.<sup>17</sup>

Von oberster Stelle gefördert und protegirt – das Kaiserpaar persönlich hatte die Schirmherrschaft übernommen – entwickelte sich der Kriegshilfsverein im Kaiserreich zu einer reichsweiten, mitgliederstarken und angesehenen Organisation. Für die militärische Führung war dies ein Glücksfall, wurden doch Schwestern und Ärzte in Rot-Kreuz-Krankenhäusern ausgebildet und beschäftigt, trainierten Sanitätskolonnen für den Ernstfall, standen die Mitglieder als Hilfskräfte auf Abruf bereit. In allen Ortsvereinen existierten Mobilmachungspläne.<sup>18</sup> Ihre jährliche Aufstellung wurde von den Provinzialvereinen überprüft.

In Friedenszeiten profitierte die Bevölkerung unmittelbar von der Rot-Kreuz-Organisation. Die ab 1879 in Schleswig-Holstein entstehenden Sanitätskolonnen<sup>19</sup> unterhielten Unfallmeldestellen und übernahmen Krankentransporte. Die 1869 in Altona und 1873 in Kiel gegründeten Schwesternschaften des Roten Kreuzes schickten ihre Schwestern<sup>20</sup> als Gemeindeschwestern in die Dörfer. Im Kriegsfall oder bei Krisen wie dem Boxeraufstand 1900 in China wurden sie jedoch von ihren zivilen Einsatzorten abgezogen. Die Frauenorganisation des Roten Kreuzes – in der späteren preußischen Provinz Schleswig-Holstein schon 1866 als Vaterländischer Frauenverein gegründet – engagierte sich schwerpunktmäßig im sozialen Bereich. – Am Vorabend des Ersten Weltkrieges hatte sich die freiwillige Kriegshilfsorganisation „Rotes Kreuz“ bereits etabliert und zudem fest mit dem militärischen Sanitätswesen verbunden. Die freiwillige, von christlicher Nächstenliebe motivierte Hilfe für Kranke und Verwundete war von einer straff geführten Organisation abgelöst worden.



Abb. 3 Verwundete mit Schwester im Lübecker Rot-Kreuz-Vereinslazarett Burgfeld während des Ersten Weltkrieges

### Verwundetenpflege im Ersten Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg stellte aufgrund der fortgeschrittenen Technisierung und der riesigen Ausdehnung des Kampfgebiets das gut aufgestellte deutsche Militärsanitätswesen in medizinischer und organisatorischer Hinsicht vor neue Herausforderungen, und mit ihm die angegliederte Freiwillige Krankenpflege des Roten Kreuzes. Zwar konnte die Sterberate im Lazarett gesenkt werden, doch auf die schweren Verwundungen und Verstümmelungen, die Gasverletzungen und psychischen Beeinträchtigungen eines technisierten und Jahre dauernden Krieges war man gänzlich unvorbereitet. Häufige Selbstverstümmelungen und Selbstmorde von Soldaten sind ein weiteres Indiz für das Grauen der Kriegshandlungen und die unvorstellbare Belastung der Betroffenen. Zudem war der lebensrettende Transport der Verwundeten in die Feldlazarette hinter der Frontlinie für die Krankenträger überaus gefährlich.

Die Ärzte, Schwestern, Sanitäter und anderen Helfer des Roten Kreuzes<sup>21</sup> waren auf einen Kriegseinsatz dieser Art nur begrenzt vorbereitet. In Feldlazaretten fehlten häufig Verbandsmaterial und Medikamente, auch Morphium war nicht selbstverständlich vorhanden. Man kämpfte gegen Wundinfektionen und Epidemien wie Typhus. Mit der Dauer des Krieges wuchsen die physischen und psychischen Belastungen des Pflegepersonals im Fronteinsatz, der Mangel an Nahrungsmitteln und Dingen des täglichen und medizinischen Bedarfs erschwerte die Lage zusätzlich.<sup>22</sup>

Das schleswig-holsteinische Rote Kreuz unterhielt zwei Lazarettzüge mit eige-

nem Personal, welche die transportfähigen verwundeten Soldaten, die zunächst in Feldlazaretten versorgt worden waren, in die Heimatlazarette überführten.<sup>23</sup> In den Reservelazaretten,<sup>24</sup> die im gesamten Reichsgebiet in Krankenhäusern, aber auch in öffentlichen Gebäuden wie Schulen errichtet worden waren, sah die Situation besser aus. Die Professionalisierung in der Pflege ließ unausgebildete Kräfte auch hier nicht mehr zu. Den erhöhten Personalbedarf glich man mit schnell ausgebildeten Helferinnen und Hilfsschwestern des Roten Kreuzes aus. Bei Ärzten sah die Lage kritischer aus. Den Mitgliedern der Vaterländischen Frauenvereine<sup>25</sup> fielen Aufgaben am Rande der eigentlichen medizinischen Versorgung zu. Die Frauen verköstigten Soldaten auf Bahnhöfen, sammelten und verteilten „Liebesgaben“ oder übernahmen die Versorgung in den zahlreichen Vereinslazaretten.<sup>26</sup> Dabei arbeitete man eng mit den von Männern getragenen Vereinen zusammen, wobei diese oftmals lediglich Geld spendeten.

Das militärische Sanitätswesen hatte den Anspruch, verwundete Soldaten möglichst bald wieder an der Front einsetzen zu können, was oftmals nicht gelang. Im Laufe des Krieges mussten zahlreiche Rehabilitations- und Umschulungsprogramme für Versehrte initiiert werden. So mancher kehrte verstümmelt und entsetzlich entstellt ins zivile Leben zurück und konnte fortan gar nicht oder nur sehr mühevoll für seinen Lebensunterhalt sorgen.<sup>27</sup>

Die Realität des technisierten Krieges hatte das Militärsanitätswesen eingeholt und vor teilweise kaum lösbare Aufgaben gestellt. Die enge Verzahnung mit der Freiwilligen Krankenpflege des Roten Kreuzes und der Johanniter hatte sich allerdings bewährt. Ohne diese Organisationen, die mit großem personellen und finanziellen Aufwand sowie ehrenamtlichem Engagement professionell Soldaten und Verwundete betreuten, wäre der sanitätstechnische Standard auf deutscher Seite im Ersten Weltkriegs weitaus niedriger gewesen. Die Bilanz dieses Krieges bleibt dennoch erschütternd: Allein auf deutscher Seite blieben 2 Millionen tote Soldaten und 2,7 Millionen physisch und psychisch Versehrte zurück.

In den 70 Jahren zwischen 1848 und 1918 lassen sich wesentliche Fortschritte im militärischen Sanitätswesen feststellen. Wissenschaftliche Erkenntnisse in Medizin und Krankenpflege verbesserten die Situation kriegsverletzter Soldaten maßgeblich, ebenso wie eine effizientere Organisation. Als entscheidende Neuerung kam die Freiwillige Krankenpflege des Roten Kreuzes hinzu, die sich zu einer professionellen Ergänzung des staatlichen Sanitätswesens entwickelte und sich in der Kriegsrealität des Ersten Weltkriegs als unverzichtbar erwies. Andererseits offenbarte dieser mit inzwischen viel schlagkräftigeren Waffen geführte Krieg, in welchen zudem weit mehr Menschen als jemals zuvor hineingezogen wurden, die Schwächen eines Sanitätswesens, das für kürzere und mit den Methoden des 19. Jahrhunderts geführte Kriege konzipiert gewesen war. Kriegsmedizin und Krankenpflege standen vor neuen Herausforderungen.

## Anmerkungen

- 1 Jan Schlürmann, Die Schleswig-Holsteinische Armee 1848-1851, Tönning 2004, S. 281.
- 2 Die Verlustquote lag in der Regel zwischen 6 Prozent und 15 Prozent, ebd., S. 282.
- 3 Einen guten Überblick über das Sanitätswesen der schleswig-holsteinischen Armee geben: Gerd Stolz, Das Militärsanitätswesen der Schleswig-Holsteinischen Armee, in: Die Heimat, 84 (1977), Nr. 2, Teil I, S. 29-35 u. Nr. 6, Teil II, S. 181-188 sowie Schlürmann, S. 273-290. – Zur zivilen Medizinalpolitik in der Zeit des ausgehenden Gesamtstaates: Gerret Liebing Schlaber, Medizinalpolitik zwischen den Fronten. Nationale Blockaden und versäumte Reformen 1850-1864, in: GFH 1/2003, S. 83-100.
- 4 Schlürmann, S. 290.
- 5 Stolz (I), S. 30.
- 6 Stolz (II), S. 181/182.
- 7 Stolz, (II), S. 183.
- 8 Schlürmann, S. 284.
- 9 Dazu Walter Erdmann, Ohne Befehl. Das Rote Kreuz in Schleswig-Holstein, Kiel 1987, S. 39.
- 10 Mit „Liebesgaben“ bezeichnete man sämtliche Geld- und Sachspenden für die Soldaten.
- 11 Der später geadelte Friedrich Esmarch (1823-1908) hatte bereits während der schleswig-holsteinischen Erhebung als junger Chirurg Erfahrungen als Kriegsmediziner gemacht. Seine Veröffentlichungen zur Kriegschirurgie erreichten hohe Auflagen. 1882 gründete er den „Deutschen Samariter Verein“, um die Erste Hilfe bekannt zu machen. Dazu: Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek (Hg.), Friedrich von Esmarch (1823-1908). Ausstellung anlässlich seines 100. Todestages, Kiel 2008.
- 12 Zur Geschichte des Roten Kreuzes in Deutschland siehe: Dieter Riesenberger, Das Deutsche Rote Kreuz, Paderborn 2002. Für Schleswig-Holstein: Erdmann, Ohne Befehl (wie Anm. 9).
- 13 Erdmann (wie Anm. 9), S. 30 ff.
- 14 Siehe hierzu: Frank Lubowitz: Oeversee 1864. Entstehung und Wandel eines Gedenktages, in: GFH 4/2005, S. 301 ff. – Die Oeversee-Legende, in: GFH 1/2006, S. 70 ff. – Lars N. Henningsen: Geschichte und Politik: der Oeversee-Marsch, in: GFH 4/2006, S. 295 ff. – Zum Krieg von 1864 unter grundsätzlichen Gesichtspunkten: Jörn-Peter Leppien, Düppel 1864. Bemerkungen zum Thema: Krieg und Frieden in der geschichtlichen Bildung. Mit einem Nachwort von Manfred Jessen-Klingenberg, in: GFH 1/1989, S. 16-22.
- 15 Harald Jenner, Diakonissenanstalt Flensburg – Entwicklung und Bedeutung 1874-1933, Flensburg 1992, S. 49.
- 16 Zur Geschichte der Militärmedizin: Friedrich Ring, Die Geschichte der Militärmedizin in Deutschland, Berlin 1962.
- 17 Erdmann (wie Anm. 9), S. 60.
- 18 Die Zahl der Männerzweigvereine sank in Schleswig-Holstein von 92 (1890) auf 80 (1909). Die Zahl der Mitglieder stieg in dem Zeitraum von 12.000 auf gut 15.500. Die

- 110 Frauenvereine hatten 1909 gut 20.000 Mitglieder. In der kleinen Provinz konnten überdurchschnittlich viele Menschen für das Rote Kreuz begeistert werden. So Ludwig Kimmle, *Das Deutsche Rote Kreuz* (Teil 1), Berlin 1910, S. 807.
- 19 In Schleswig-Holstein existierten 1909 31 Sanitätskolonnen mit 824 Mitgliedern, Kimmle (1), S. 847.
  - 20 1909 gab es in Schleswig-Holstein 131 ausgebildete Rot-Kreuz-Schwester, die im Kriegsfall in der Etappe oder in einem Heimatlazarett eingesetzt werden konnten. Dazu kamen noch 30 ausgebildete Krankenpfleger, Kimmle (1), S. 846 f.
  - 21 1917 waren aus Schleswig-Holstein 1695 Rot-Kreuz-Mitarbeiter in der Etappe (hinter der Frontlinie) und 1116 in der Heimat in der freiwilligen Krankenpflege beschäftigt, wobei doppelt so viele Krankenschwestern (810) in der Heimat wie in der Etappe (442) tätig waren. Dazu kamen Diakonissen aus Flensburg und Altona. Siehe Rot-Kreuz-Kalender für Schleswig-Holstein 1916/1917, S. 20.
  - 22 Regina Schule, *Die Schwester des kranken Kriegers. Krankenpflege im Ersten Weltkrieg als Forschungsproblem*, in: BIOS – Zeitschrift für Biographieforschung und oral history 1 (1994), S. 83-100.
  - 23 Rot-Kreuz-Kalender 1916/1917, S. 21.
  - 24 In Schleswig-Holstein unterhielt die Heeresverwaltung 18 Lazarette, die von den Rot-Kreuz-Vereinen in vielfältiger Weise unterstützt wurden. Siehe Rot-Kreuz-Kalender 1916/1917, S. 20.
  - 25 Der Vaterländische Frauenverein war die Frauenorganisation des Roten Kreuzes. Er verfügte in Schleswig-Holstein über 262 Zweigvereine mit über 60.000 Mitgliedern (1916). Siehe Rot-Kreuz-Kalender 1916/1917, S. 27.
  - 26 In Schleswig-Holstein gab es ca. 25 Vereinslazarette des Roten Kreuzes, von denen einige kleine allerdings wenig belegt und z. T. nicht genutzt wurden, siehe Rot-Kreuz-Kalender 1916/1917.
  - 27 Bernd Ulrich, „... als wenn nichts geschehen wäre.“ Anmerkungen zur Behandlung von Kriegsoptionen während des Ersten Weltkriegs, in: Gerhard Hirschfeld u. a. (Hg.), *Keiner fühlt sich mehr als Mensch*, Essen 1993, S. 115-129.

# „Lange Schatten“ der NS-Zeit

Gedenken und Aufarbeitung nach 1945 in Schleswig-Holstein

von STEPHAN LINCK

*Der Historiker Dr. Stephan Linck ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Nordelbischen Kirchenarchiv und Gedenkstättenbeauftragter der Nordelbischen Kirche. Zurzeit arbeitet er an einem Forschungsprojekt über den Umgang in Nordelbiens Kirchen mit der NS-Vergangenheit und ihr Verhältnis zum Judentum 1945-1990. An Beispielen vor allem aus dem kirchlichen Bereich und unter besonderer Berücksichtigung des Landesteils Schleswig zeigt Stephan Linck im vorliegenden Beitrag, wie schwer man sich gerade in Schleswig-Holstein lange Zeit damit tat, sich der NS-Vergangenheit verantwortlich zu stellen. Der Beitrag liegt damit auf der geschichtspolitischen Linie, die die Grenzfriedenshefte seit den frühen 80er Jahren verfolgen.*

*Die Redaktion*

## 1. Einleitung

Der folgende Beitrag gibt einen kleinen Einblick in den Umgang mit der NS-Vergangenheit in Schleswig-Holstein.<sup>1</sup> Das Thema ist in diesem Land insofern ausgesprochen interessant, als es im Vergleich zur Gesamtentwicklung in der Bundesrepublik von starken Abweichungen geprägt ist. Insgesamt haben wir in Schleswig-Holstein eine Entwicklung, die von einer stark verspäteten Thematisierung der NS-Vergangenheit geprägt ist. Dies hat, so denke ich, im Wesentlichen vier Ursachen:

1. Die preußische Provinz Schleswig-Holstein hat sich schon früh dem Nationalsozialismus zugewandt. Zu Beginn der NS-Herrschaft bestanden insbesondere im ländlichen Raum bereits klare Mehrheiten für die NSDAP.<sup>2</sup>
2. Durch den Kriegsverlauf am Ende des Zweiten Weltkriegs ist Schleswig-Holstein Fluchtpunkt für große Teile der NS-Eliten gewesen. Hier lebten nach 1945 weit mehr NS-Verbrecher als andernorts.<sup>3</sup>
3. In Schleswig-Holstein existierte eine starke evangelische Kirche, die eine breite nationalprotestantische Mehrheit auch in der Bekennenden Kirche hatte. Damit verbunden war die grundsätzliche Zustimmung zum Nationalsozialismus und insbesondere zum völkischen Antisemitismus. Dadurch, dass der Nationalprotestantismus auch von der Bekennenden Kirche vertreten wurde, blieb er bis in die 1960er Jahre ungebrochen bestimmend in der Landeskirche.<sup>4</sup>

4. Die hohe Zahl von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein führte dazu, dass die negativen Seiten der Befreiung vom Nationalsozialismus prägend für die Verarbeitung der NS-Herrschaft blieben. Bei aller Differenz zwischen Einheimischen und Flüchtlingen stellte dies einen Konsens dar, der eine große Bedeutung für die erfolgreiche Integration der Flüchtlinge hatte.<sup>5</sup>

Zudem war die britische Besatzungsherrschaft dadurch gekennzeichnet, dass gegenüber der Verfolgung der NS-Verbrechen insgesamt eine ambivalente Haltung eingenommen wurde. Der Pragmatismus der Briten nahm der Entnazifizierung bereits frühzeitig die Glaubwürdigkeit. Die inneren Widersprüche der Besatzungsmacht hierbei sind bis heute nur rudimentär aufgearbeitet worden. Exemplarisch verweise ich auf den Fall, dass die Public Safety Branch im Herbst 1945 in Schleswig-Holstein einen Stab der Polizei einsetzte, dessen Offiziere einschließlich des Chefs vollständig auf den alliierten Fahndungslisten standen. Hierüber kam es zwar zum Streit mit den Field Security Sections (dem britischen Militärgeheimdienst), den diese aber letztlich verloren.<sup>6</sup>

Im Folgenden gebe ich einen kursorischen Überblick über die Entwicklung der Zeit nach 1945.

## **2. Britische Besatzungsherrschaft – die verordnete Entnazifizierung (1945-1949)**

Ich möchte hier nur drei Beispiele nennen:

### Schuldbekennnis

Die Führungsfigur der Bekennenden Kirche in Schleswig-Holstein und spätere Bischof Wilhelm Halfmann hatte bereits im Mai 1945 in einem Rundschreiben an die schleswig-holsteinische Geistlichkeit die Frage „Sollen wir unsere Sünden konkret benennen?“ dahingehend beantwortet, dass nur die eigenen Sünden der christlichen Gemeinde zu bekennen seien, „wenn es sich um Volkssünden handelt, dann: Vorsicht, daß wir nicht in der Schande wühlen.“ Dass in der Folge im Herbst 1945 bei Veröffentlichung des Stuttgarter Schuldbekennnisses der ev. luth. Kirche die schärfsten Proteste aus Schleswig-Holstein kamen, erstaunt hier nicht mehr.<sup>7</sup>

### Frühe Prozesse

Einer der wenigen Prozesse der Briten, in denen die in Schleswig-Holstein verübten NS-Verbrechen Thema waren, war die juristische Aufarbeitung des „Arbeitserziehungslagers Nordmark“ in Kiel-Russee. Am 3. September 1947 wurde der ehemalige Lagerkommandant Johannes Post als Mitarbeiter der Gestapo wegen seiner Beteiligung an der Erschießung von britischen Royal-Air-Force-Piloten im März 1944 zum Tode verurteilt und gehängt.

Das ehemalige deutsche und ausländische Personal des Lagers stand von



Abb. 1 Gruppenbild, 20.8.1946, anlässlich eines vom britischen Regional Commissioner H.V. Champion de Crespigny nach Rendsburg einberufenen Kirchenkongresses mit 350 Teilnehmern und einer Rede des obersten Repräsentanten der Besatzungsmacht in Schleswig-Holstein zum Thema „Christentum und Demokratie“. Foto (1. Reihe, v.l.): Präses Wilhelm Halfmann (wenige Tage vor seiner Wahl zum Bischof von Holstein), H. V. Champion de Crespigny, der katholische Prälat Hellmann (Flensburg) und Oberpräsident Theodor Steltzer

Herbst 1947 bis Frühjahr 1948 im Hamburger Curiohaus vor einem britischen Militärgericht. Von den 24 Personen, die wegen Mordes angeklagt worden waren, sprachen die Richter sieben – zumeist aus Mangel an Beweisen – frei und verurteilten 15 Männer zu Haftstrafen zwischen zwei und zwanzig Jahren Gefängnis. Der Lagersanitäter Jensen und der einstige stellvertretende Kommandant Otto Baumann wurden zum Tode verurteilt. Jensens Strafe wurde in lebenslange Haft umgewandelt, Baumann 1948 hingerichtet. Alle anderen Verurteilten kamen bis spätestens 1956 aus den Gefängnissen frei. Durch die deutsche Justiz wurden die Verbrechen im „Arbeitserziehungslager Nordmark“ nicht gesühnt.<sup>8</sup>

#### Entnazifizierung

Im Jahr 1948 war die Entnazifizierung bereits in deutscher Regie. Hierzu ein beliebiges Beispiel: Ein ehemaliger Polizeibeamter beantragte seine Wiedereinstellung und wurde vom Entnazifizierungs-Hauptausschuss Husum als „unbelastet“

(also nicht einmal als „Mitläufer“) eingestuft. Der zuständige Polizeigruppenchef Ley – ein sogenannter Wiedergutmachungsbeamter – kritisierte den Bescheid. Immerhin war der Beamte bereits 1931 der NSDAP und der SA beigetreten und war in seinen Dienstzeugnissen als begeisterter Nationalsozialist und „äußerst eiserner, harter und revolutionärer Kämpfer“ gelobt worden.

In seiner Antwort nannte der öffentliche Kläger des Husumer Ausschusses dies eine „geringe parteiliche Belastung“ und sah die Einstufung als „unbelastet“ als gerechtfertigt an, da die Bürgermeister von Seeth, Horsbüll, Klanxbüll und Mönkebüll-Langenhorn gute Entlastungszeugnisse beigebracht und ihre Zufriedenheit mit seinen dienstlichen Leistungen vor 1945 zum Ausdruck gebracht hätten. Der Polizeigruppenchef Ley beschwerte sich daraufhin beim Innenministerium mit dem Hinweis, die Entnazifizierung würde „zu einer reinen Farce“. Ley verlor sein Amt 1949.<sup>9</sup>

### **3. Restauration und Ausblendung**

In den 1950er Jahren setzte sich insgesamt eine Haltung durch, die vorrangig von einer Relativierung von Schuld, einem unreflektierten Einsatz für Kriegsverbrecher und der systematischen Rückgängigmachung der Entnazifizierung geprägt war. 1953 beschrieb ein britischer Überwachungsoffizier in einem Geheimbericht an seine Regierung die schleswig-holsteinischen Verhältnisse. Darin listete er die Landtagsfraktionen auf und nannte jeweils den Anteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder. Bei der FDP-Fraktion unterschied er nur zwischen Parteieintritt vor und nach 1933. Nachdem er auch die NS-Belastung der Regierungsmitglieder aufgezählt hatte, resümierte er, man könne angesichts dieser Liste meinen, in Schleswig-Holstein hätte die NSDAP wieder die Macht ergriffen. Im Folgenden relativierte er jedoch seine Aufstellung und stellte insgesamt eine Demokratisierung der Gesellschaft fest.<sup>10</sup>

Kennzeichnend für diese Situation ist es auch – ich bringe wieder ein kirchliches Beispiel –, dass die EKD 1951 ein Gutachten in Auftrag gab, um herauszufinden, wieviele Juden eigentlich ermordet worden waren.<sup>11</sup> Das Gutachten bestätigte die von den Alliierten verbreiteten Zahlen der Völkermordes. Die EKD versandte dieses Gutachten mit dem Bemerkten: „Wir halten es nicht für tunlich, dieses Material einer breiten Öffentlichkeit zu übergeben, da hierdurch nur die bekannten Reaktionen mit Selbstrechtfertigung, Zweifel an der Zuverlässigkeit der Quellen und Aufrechnung mit eigenem Leid ausgelöst würden. Wir bitten aber zu erwägen, wieweit und auf welche Weise dieses nach unserer Überzeugung durchaus zuverlässige Material der Pfarrerschaft bekannt gemacht werden könnte, um sie in den Stand zu setzen, Fragen zu begegnen, die aus den Gemeinden an sie herantreten.“<sup>12</sup>

In der schleswig-holsteinischen Landeskirche hingegen verfügte Bischof Halfmann den Umlauf des Gutachtens im Landeskirchenamt. Danach wurde es kommentarlos weggeheftet, kein Pfarrer bekam es zu Gesicht.<sup>13</sup>

Man mache sich dies bewusst: Noch 1951 war die Evangelische Kirche Deutschlands nicht imstande öffentlich zuzugestehen, dass der Völkermord am europäischen Judentum so stattgefunden hatte, wie es die Alliierten behaupteten!

Diese Dimension des Ausblendens ist, so denke ich, ein wichtiger Hintergrund um zu verstehen, wieso im gleichen Jahr der ehemalige SS-Gruppenführer Heinz Reinefarth zum Westerländer Bürgermeister gewählt wurde. Als seine Verantwortung für die brutale Niederschlagung des Warschauer Aufstands 1944 bekannt wurde, gab es einen internationalen Skandal – in Schleswig-Holstein hielt sich die Aufregung in Grenzen. Ich zitiere Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel vor dem Landtag: „Die Ermittlungen haben keinen begründeten Verdacht dafür ergeben, daß der Beschuldigte an Kriegsverbrechen teilgenommen, solche befohlen oder gebilligt hat.“<sup>14</sup>

## ZEITGESCHICHTE

### REINEFARTH

#### Mehr Polen als Pulver

Über den grünen Marschen der Bauern-Republik Schleswig-Holstein hängt wieder bräunlicher Dunst: Der Eichenlaubträger Heinz Reinefarth, früher SS-General, heute Bürgermeister des Nordseebads Westerland auf Sylt und Volksvertreter im Kieler Landtag, soll nach 13 Dienstjahren für die SS und zehn Dienstjahren für die Demokratie endgültig über seine Vergangenheit Rechenschaft geben.

Der für politische Straftaten im nördlichsten Bundesland zuständige Flensburger Oberstaatsanwalt Erich Biermann begehrt vom Landtag am 28. August 1961 die „Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Heinz Reinefarth“, um anhand neuentdeckter Dokumente das nunmehr fünfte Verfahren gegen ihn einleiten zu können. Bereits am 19. September wird der Verfassungsausschuß — und sechs Tage später das Plenum — über die von Bier-

mann verlangte Aufhebung der Immunität Reinefarths befinden.

Die aus den Ferien aufgeschreckten Volksvertreter müssen sich wieder einmal mit der Tatsache auseinandersetzen, daß ihr Kollege Reinefarth seit Jahren beschuldigt wird, er habe bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstands im August 1944 einige Hundert polnische Gefangene, darunter auch Frauen und Kinder, liquidieren lassen.

Daß die Westerländer den SS-Reinefarth dennoch (mit den Stimmen der CDU) 1951 zum Bürgermeister erhoben — 1958 stellte der BHE ihn dann noch als Landtags-Kandidat auf —, inspirierte die ostzonale Filmgesellschaft Defa zu dem Reinefarth-Streifen „Urlaub auf Sylt“ (SPIEGEL 50/1957) und den Oberstaatsanwalt Biermann zu einem Ermittlungsverfahren.

Die Staatsanwaltschaft kam damals aber — „Rheinischer Merkur“: „In unwahrscheinlich kurzer Zeit“ — zu dem Ergebnis, daß dem Reinefarth unmenschliche Kampfmethoden nicht nachzuweisen seien.

Versicherte Landesvater Kai-Uwe von Hassel noch am 16. Januar 1961 vor dem Landtag: „Die Ermittlungen haben keinen begründeten Verdacht dafür

Abb. 2 Einleitende Passagen der Berichterstattung im SPIEGEL 39/1961 über den Fall Reinefarth

Reinefarth blieb Bürgermeister bis 1964 und war von 1958 bis 1962 Abgeordneter im Landtag für den Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE). Außerdem war er Kreistagsabgeordneter und Mitglied des Kreisausschusses Südtondern, Mitglied des Landesvorstandes GB/BHE, Mitglied im Vorstand der Arbeitsrechtlichen Vereinigung und des Fremdenverkehrsverbundes Nordmark sowie Vorsitzender des Ortsausschusses Sylt der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger und der DLRG Westerland. Nach 1967 arbeitete er als Anwalt und ging mit einer Generals-Rente in die Pension. Heinz Reinefarth verstarb am 07.05.1979 in Westerland, nachdem Polen zahlreiche Auslieferungsanträge gestellt hatte, die allesamt von der Bundesregierung abgelehnt worden waren.<sup>15</sup> Nur seine Beerdigung hätte beinahe einen örtlichen Skandal ausgelöst: Der Westerländer Pastor weigerte sich nämlich, eine kirchliche Beerdigung vorzunehmen, da Reinefarth nicht mehr in der Kirche war. Der Skandal wurde vermieden, weil ein anderer Sylter Pastor die Amtshandlung dennoch vornahm.<sup>16</sup>

Der Fall Reinefarth steht für eine Vielzahl von Skandalen, die ab Ende der 50er Jahre internationales Aufsehen erregten, in Schleswig-Holstein aber eher die gemeinsame Abwehrhaltung verstärkten. Die hiesige Justiz demonstrierte bei den zahlreichen Ermittlungsverfahren, die Konsequenzen ihrer ungebrochenen personellen Kontinuität.<sup>17</sup>

#### **4. Wider den Zeitgeist: Zwei Ausnahmen**

Die nordfriesische Kirchengemeinde Ladelund mit ihrer früh begonnenen Versöhnungsarbeit angesichts der 300 KZ-Opfer auf dem Dorffriedhof war in der Bundesrepublik ein absoluter Anachronismus – in Schleswig-Holstein wirkte sie wie ein Fremdkörper. Gerade die Konsequenz, die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen als Beitrag zur Demokratisierung zu begreifen produzierte in den 60ern – ich sage mal denkwürdige – Bilder, als Pastor Harald Richter 1968 mit Gemeindegliedern nach Niebüll und Flensburg fuhr, um gegen Kundgebungen der NPD zu demonstrieren. Die meisten Demonstranten dort sahen damals anders aus.<sup>18</sup>

Ein zweites Beispiel für eine Initiative aus Schleswig-Holstein, die der Zeit weit voraus war, ist der Flensburger Denkmalstreit: Er begann im Frühjahr 1967, als die Pastoren der ehemaligen Garnisons- und ältesten Stadtkirche Flensburgs, St. Marien, die Entfernung des Kriegerdenkmals aus der Marienkirche forderten und schließlich mit vier Thesen an die Öffentlichkeit traten. Die Tatsache, dass das Gegenüber im Konflikt auf Seiten der Traditionsverbände und der Bundeswehr mit dem Prinzen zu Schleswig-Holstein und mit der Admiralität der Bundesmarine besetzt war, half sicherlich, dass diese Kontroverse bundesweit

Abb. 3  
 Der Ladelunder Gemeindepastor Harald Richter (mit Mikrophon) und der Schriftsteller Wolfdietrich Schnurre bei einer Demonstrationsveranstaltung gegen das Auftreten des NPD-Bundesvorsitzenden Adolf von Thadden in Niebüll, 16.5.1968 (Motto der Demonstranten: „Adolf, wir kommen!“. Anschließende Lesung Wolfdietrich Schnurres in der Aula der Friedrich-Paulsen-Schule aus seinen „Erzählungen“ von 1966 mit der Überschrift: „Man sollte dagegen sein“)



ausgefochten wurde. Die Flensburger Pastoren stellten das nationalprotestantische Traditionsverständnis der lutherischen Kirchen fundamental in Frage und die Landeskirche vor eine Zerreißprobe.<sup>19</sup> Die Pastorenschaft der Flensburger Propstei war in zwei Lager gespalten. Die knappe Mehrheit mitsamt des Propsten stand auf Seiten der Provokateure. Ihre abschließende Stellungnahme in der Auseinandersetzung hat eine zeitlose Qualität von theologischer Klarheit und formuliert die eindeutige Abkehr vom prägenden Nationalismus und Militarismus. Bekanntester Unterzeichner war der spätere Vorsitzende der Nordelbischen Kirchenleitung und Bischof Kohlwege.<sup>20</sup>

## 5. Verändertes Bewusstsein – die 80er Jahre

Es mag vielleicht überraschen, aber die Chiffre „1968“ steht nicht für neue Initiativen, hier einen grundlegenden Wandel zu vollziehen. Zwar wurde die NS-Belastung von Politikern durch die Studentenbewegung plakativ thematisiert, weitergehende Impulse in dieser Richtung erfolgten nicht, vielmehr schoben sich andere Themen in den Vordergrund. Erst die Ausstrahlung der US-amerikanischen Fernsehserie „Holocaust“ im Jahr 1979 im bundesdeutschen Fernsehen markiert eine Zäsur in der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in Deutschland. Die Individualisierung des Völkermordes im vierzigsten Jahr nach

Beginn des Zweiten Weltkriegs löste eine stark emotionalisierte Debatte in der westdeutschen Gesellschaft über die Verbrechen des Nationalsozialismus aus. Damit wurde die NS-Vergangenheit aussprechbar, wie es vorher nicht möglich war. Auch wenn im folgenden Jahrzehnt andere Themen auch und gerade den innerkirchlichen Diskurs bestimmten, so wurde die Erinnerungs- und Gedenkkultur nach 1979 stärker im öffentlichen Bewusstsein verankert.<sup>21</sup>

Schleswig-Holstein fällt aber auch hier etwas aus dem Rahmen: Ich nehme als Beispiel die Beerdigung des Ende Dezember 1980 verstorbenen Großadmirals Karl Dönitz. An dieser Beerdigung in Aumühle nahmen zwischen 5 und 10.000 Menschen teil. Neben den U-Bootkameradschaften nahmen verschiedenste militärische Traditionsverbände teil, Ehemalige der Waffen-SS und hochrangige Militärs standen neben Alt- und Neonazis, ranghöchster Politiker unter den Teilnehmern war der damalige Landesinnenminister Dr. Dr. Uwe Barschel. Die überregionalen Medien kommentierten dieses „Defilée der Ewiggestrigen“ eher peinlich berührt.<sup>22</sup>

Im Jahr 1980 läutete aber der in Kiel beginnende Prozess gegen den ehemaligen „Judenreferenten“ von Belgien Kurt Asche eine Veränderung der öffentlichen Haltung ein. Der Arbeitskreis, der sich bildete, um den Prozess zu begleiten und Überlebende bei ihren Aussagen zu unterstützen, wurde zu einer Keimzelle des Arbeitskreises zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, AKENS, der 1983 gegründet wurde.<sup>23</sup> Das unbewältigte Erbe der NS-Zeit wur-

38 Jahre danach:

## **„Judenreferent“ des SD vor Gericht**

**Kurt Asche der Beihilfe zum Mord an belgischen Juden angeklagt  
— Großes Öffentlichkeitsinteresse**

KN: LORE HIELSCHER

**Der Schwurgerichtssaal — der größte im Gerichtsgebäude am Schützenwall — konnte die Menge der Zuhörer nicht fassen, die gestern den Beginn des Prozesses gegen den ehemaligen SS-Obersturmführer und „Judenreferenten“ in Brüssel. Kurt Asche (71) aus Hamburg, miterleben wollten. Unter ihnen waren fast 200 belgische Juden, die zum ersten Verhandlungstag nach Kiel gekommen waren. Viele mußten auf dem Gerichtsflur bleiben, weil im Saal nicht ein einziger Platz mehr frei war und die Menschen schon in den Gängen standen.**

Abb. 4 Kopf des ausführlichen Berichts der Kieler Nachrichten vom 27.11.1980 zum Auftakt des Asche-Prozesses

de 50 Jahre nach Beginn der NS-Herrschaft langsam Thema. Weitere Beispiele für beginnende Initiativen sind die Gründung der Arbeitsgruppe zur Erforschung der nordfriesischen Konzentrationslager 1981/82 und die Initiative Blumen für Gudendorf in Dithmarschen.<sup>24</sup>

Einen Umbruch in der offiziellen Geschichtspolitik des Landes markiert zweifellos der Regierungswechsel 1988, der die über Jahrzehnte verfestigte Haltung beendete.<sup>25</sup> Karl-Heinrich Pohl formulierte für sein laufendes Projekt über die Geschichtspolitik in Schleswig-Holstein nach 1945 provokant die These, „dass dieser Bruch aus kulturgeschichtlicher Perspektive möglicherweise tiefer und nachhaltiger gewesen sein könnte als das Ende des Nationalsozialismus und damit geschichtspolitisch eigentlich erst die ‚Nachkriegszeit‘ eingeleitet hat.“<sup>26</sup>

Die neue SPD-Regierung war frei von Loyalitätskonflikten gegenüber ehemaligen NS-Tätern und ihren Angehörigen, die die CDU-Regierungen an einer Wandlung im Umgang mit der NS-Vergangenheit gehindert hatten und vollzog einen geschichtspolitischen Wandel. Ich vermute, dass die Beendigung der verkrusteten Strukturen hierfür entscheidend war. Die langjährige Kontinuität in Regierung und Verwaltung verhinderte eine Veränderung der erstarrten Haltung. So hatten die Verdrängungsprozesse im traditionell SPD-regierten Kiel im Fall des „Arbeitserziehungslagers Nordmark“ ähnliche Folgen – nämlich die Nichtbehandlung des Themas – wie andernorts die CDU-Blockaden. Noch das Vorgehen beim Abriss des U-Bootbunkers Kilian in den 90ern zeigt kaum eine qualifizierte Sensibilisierung für die Thematik.<sup>27</sup>

## 6. Fazit

Betrachten wir das „Heute“, so lässt sich ein parteiübergreifender geschichtspolitischer Konsens feststellen. So unterstützen unabhängig von Parteizugehörigkeiten viele Kommunen des Landes die Initiativen zur Verlegung von Stolpersteinen zum Gedenken an ehemalige Verfolgte.<sup>28</sup>

Unser derzeitiger Ministerpräsident hat unzweifelhaft die Bedeutung der Gedenkstätten im Land anerkannt. Leider wird dieser Arbeit im Zeitalter knapper Kassen nicht der nötige Wert zugestanden. Hier liegen parteiübergreifend die Prioritäten woanders. Dies zu ändern benötigt viel Initiative und Ausdauer.

Ich fasse kurz zusammen: In Schleswig-Holstein haben wir nach 1945 die wohl größte Dichte an NS-Verbrechern. Die systematische Verweigerung einer Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit prägte die hiesige Gesellschaft über Jahrzehnte, also stärker und länger als andernorts.<sup>29</sup>

Die späte Entstehung einer regionalen Gedenkkultur ist Ausdruck hiervon. Bei der Thematisierung des Nationalsozialismus sollte es immer um zweierlei gehen: die Diktatur und ihre Verbrechen und die „langen Schatten“, die sie warfen.<sup>30</sup>

## Anmerkungen

- 1 Der vorliegenden Beitrag basiert auf einem Vortrag, gehalten auf der Fachtagung „Weiterentwicklung der KZ-Gedenkstätten Ladelund und Schwesing“ am 3.7.2008 im Nordfriesischen Institut Bredstedt. Der Vortrag sollte in kurzer Redezeit grobe Schneisen durch die vergangenen Jahrzehnte schlagen.
- 2 Hierzu grundlegend Rudolf Rietzler, „Kampf in der Nordmark“. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919-1928), (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Band 4), Neumünster 1982. Insgesamt sei zum Folgenden verwiesen auf Uwe Danker, Astrid Schwabe, Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus, Neumünster 2005. Dort (S. 198-215) auch eine ausführliche Literaturübersicht.
- 3 Dazu u.a. Gerhard Paul, Landunter. Schleswig-Holstein und das Hakenkreuz. Münster 2001, S. 346-389, Stephan Linck, Der Ordnung verpflichtet. Deutsche Polizei 1933-1949. Der Fall Flensburg, Paderborn u. a. 2000, S. 126-177.
- 4 S. u. a. Volker Jakob, Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Schleswig-Holstein in der Weimarer Republik. Sozialer Wandel und politische Kontinuität. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 2., Münster 1993; Klauspeter Reumann, Der Kirchenkampf in Schleswig-Holstein 1933 bis 1945, in: Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte, Bd. 6.1: Kirche zwischen Selbstbehauptung und Fremdbestimmung, Neumünster 1998. Zur Situation in den selbständigen Landeskirchen Eutin und Lübeck siehe Stephan Linck, Zwei Wege – Aspekte der Entwicklung der Landeskirchen Eutin und Lübeck im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit, in: Manfred Gailus, Wolfgang Krogel (Hrsg.), Von der babylonischen Gefangenschaft der Kirche im Nationalen. Regionalstudien zu Protestantismus, Nationalsozialismus und Nachkriegsgeschichte 1930 bis 2000, Berlin 2006, S. 61-76.
- 5 Zur Quantifizierung u. a. Manfred Wissel, Demokratie und Integration: Flüchtlinge und Vertriebene in Schleswig-Holstein 1945-1950, in: Götrik Wewer (Hrsg.), Demokratie in Schleswig-Holstein. Historische Aspekte und aktuelle Fragen, Opladen 1998, S. 247-287.
- 6 Siehe Stephan Linck, Fahndung nach Kriegsverbrechern. Die Field Security Section (FSS) in Schleswig, in: Geschichte und Biografie. Jüdisches Leben, Nationalsozialismus und Nachkriegszeit in Schleswig-Holstein. Festschrift für Erich Koch (Informationen zur schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte, ISHZ, Nr. 33/34), Kiel 1998, S. 141-152.
- 7 Dazu u.a. Kurt Jürgensen, Die Stunde der Kirche. Die Ev.-Luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, Neumünster 1976, S. 228 ff.
- 8 Zwar ermittelte die Staatsanwaltschaft von 1946 bis 1967 mehrfach gegen Täter wegen Mord, Totschlag oder Beteiligung daran, doch reichte es in keinem Fall zu einer Anklageerhebung oder Verurteilung. Auch dem erst 1963 verhafteten Hauptverantwortlichen für das Lager, dem ehemaligen schleswig-holsteinischen Gestapo-Chef Fritz Schmidt, konnte die Anklagebehörde keinen Mord mehr nachweisen. Dazu: Arbeitskreis Asche-Prozeß / Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (Hrsg.), Dokumentation zum Gedenkort „Arbeitserziehungslager

- Nordmark“, Kiel 2003, S. 39 ff. und Detlef Korte, „Erziehung“ ins Massengrab. Die Geschichte des „Arbeitserziehungslagers Nordmark“ Kiel-Russee 1944-1945, Kiel 1991.
- 9 Siehe Linck, Ordnung (wie Anm. 3), S. 277 f.
  - 10 Brigadier Hume, Confidential report Kiel, 29.10.1953, British National Archives, Kew (NAK), Foreign Office (FO), 1006, Nr. 659.
  - 11 Stephan Linck, Rückblick und Ausblick aus der Sicht des Historikers, in: Hansjörg Buss u. a. (Hrsg.), „Eine Chronik gemischter Gefühle“. Bilanz der Wanderausstellung Kirche, Christen, Juden in Nordelbien 1933-1945, Bremen 2005, S. 338 f. Siehe auch Stephan Linck, „Fehlanzeige“. Wie die Kirche in Altona nach 1945 die NS-Vergangenheit und ihr Verhältnis zum Judentum aufarbeitete, Hamburg 2006.S. 29 ff.
  - 12 Rundschreiben der EKD vom 26.6.1951 Betr. Judenmorde im Dritten Reich. Nordelbisches Kirchenarchiv (NEK-Archiv), 32.01.01., Nr. 4146.
  - 13 Die Verfügung Halfmanns ist auf dem Vorgang notiert. Akte Kirche und Judentum. NEK-Archiv, 20.01, Nr. 659.
  - 14 Vgl. u. a. Mehr Polen als Pulver, in: DER SPIEGEL 39/1961 v. 20.09.1961, S. 38 ff.
  - 15 „Habe weniger Munition als Gefangene“, in: Die ZEIT v. 31.7.1964 (Nr. 31). Siehe auch Paul, Landunter (wie Anm. 3), S. 365.
  - 16 Zeitzeugengespräch mit Adelheid Dannenberg, Witwe von Pastor Gerd Dannenberg, am 18.6.2008 in Westerland/Sylt.
  - 17 Klausdetlev Godau-Schüttke, Ich habe nur dem Recht gedient – Die „Renazifizierung“ der Schleswig-Holsteinischen Justiz nach 1945, Baden-Baden 1993; sowie ders., Die Heyde-Sawade-Affäre. Wie Juristen und Mediziner den Euthanasieprofessor Heyde nach 1945 deckten und dabei straflos blieben, Baden-Baden 1998. – Auch in den Grenzfriedensheften ist diese Thematik seit den 80er Jahren des Öfteren behandelt worden, zuletzt: Klaus Bästlein, Der Fall Hartwig Schlegelberger, in: GFH 3/2008, S. 289-304 sowie Uwe Danker, Sebastian Lehmann, „Brisantes Dokument“ oder „plumpe Fälschung“? Die kurze Geschichte eines „Stasi-Dokuments“: ebd., S. 315-328.
  - 18 Zeitzeugengespräch mit Pastor em. Harald Richter am 27.9.2008 in Ladelund.
  - 19 Die Landeskirche brachte aufgrund der intensiven Nachfrage eine Dokumentation der wichtigsten Schriftsätze der Kontroverse heraus: Flensburg '67. Eine Dokumentation zu den Flensburger Thesen und zu deren innerkirchlichen Echo. Als Manuskript vielfältigt und im Buchhandel nicht erhältlich. Hrsg. v. d. Presse- und Informationsstelle der Ev.-Luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins, Kiel 1967.
  - 20 Abgedruckt in Stephan Linck, Als im Kirchenamt „die Hölle los“ war. Wolfgang Grell – ein Pastorenleben zwischen Rotariern und RAF, Hamburg 2009 (im Erscheinen).
  - 21 Wobei eine monokausal auf die Ausstrahlung der Serie reduzierte Deutung der Zäsur sicherlich zu kurz greift. Dazu exemplarisch: Julia Kölsch, Politik und Gedächtnis: Die Gegenwart der NS-Vergangenheit als politisches Sinnstiftungspotenzial, in: Wolfgang Bergem (Hrsg.), Die NS-Diktatur im deutschen Erinnerungsdiskurs, Opladen 2003, S. 137-150.
  - 22 Siehe Der Tag der ergrauten Kameraden, in: Die ZEIT v. 9.1.1981, Nr. 3. und Hitlers Admiral „auf Grund gelegt“, in: Der Spiegel 3/81 v. 12.1.1981, S. 34.
  - 23 Um nicht missverstanden zu werden: Die Gründung des AKENS erfolgte auf Einla-

- derung des Arbeitskreises für Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Siehe dazu u. a. Frank Omland, „Jubiläen haben es an sich, dass sie Dinge in Bewegung setzen können – manchmal jedenfalls“. Anlass und Gründung des AKENS, in: ISHZ Nr. 44 (Oktober 2004), S. 108-131.
- 24 Eine vollzähliger Liste der damals tätigen Gruppen siehe Omland (wie Anm. 23), S. 108. Vgl. auch als Überblick das Forum Zeitgeschichtsforschung, Gedenken, Erinnerung – Selbstdarstellungen aktiver Gruppen in Schleswig-Holstein, in: ISHZ Nr. 39 (April 2001), S. 92-118.
  - 25 Sichtbarster Ausdruck der neuen Geschichtspolitik des Landes wurde die Gründung des Instituts für Zeit- und Regionalgeschichte Schleswig-Holstein. Es ist der Darstellungsform des Kurzbeitrags geschuldet, dass hier keine umfassende Darstellung erfolgt. Der Wandel der Geschichtspolitik war auch das Ergebnis von herausragendem Engagement vieler Einzelner – hier sei stellvertretend auf den SPD-Landespolitiker Kurt Hamer verwiesen – wie der publizistischen Unterstützung von verschiedener Seite. An dieser Stelle sei vor allem auf die langjährige Berichterstattung der GFH hingewiesen.
  - 26 Karl-Heinrich Pohl, Geschichtspolitik in Schleswig-Holstein nach 1945 (im Vergleich mit Südjütland), Projektantrag <http://www.histosem.uni-kiel.de/Lehrstuehle/pohl/ThyssenProjekt.pdf> (abgerufen am 2.1.2009), S. 16.
  - 27 Jens Rönnau (Hg.), Stolperstein der Geschichte – die Ruine des Kieler U-Bootbunkers als Mahnmal und Herausforderung, Kiel 1991 sowie Robert Bohn, Markus Oddey, U-Bootbunker „Kilian“. Kieler Hafen und Rüstung im Nationalsozialismus, Bielefeld 2003.
  - 28 Siehe als Überblick die vom Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus zusammengetragenen Informationen <http://www.akens.org/akens/stolpersteine.html> (abgerufen am 2.1.2009).
  - 29 „Das einigende Element der (offiziellen) Geschichtspolitik bestand lange Zeit im gemeinsamen Vergessen, im Marginalisieren oder in der Verharmlosung des Nationalsozialismus.“ Pohl, Geschichtspolitik (wie Anm. 25), S. 3.
  - 30 So die gleichnamige Veröffentlichung des Stadtarchivs Flensburg (Hg.), Lange Schatten. Ende der NS-Diktatur und frühe Nachkriegsjahre in Flensburg (Flensburger Beiträge zur Zeitgeschichte 5), Flensburg 2000.

# Forschen – Vermitteln – Gedenken

## Aspekte der Gedenkstättenarbeit

von DETLEF GARBE

*Dr. Detlef Garbe ist Direktor der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Diese vom Hamburger Staat hervorragend ausgestattete Einrichtung gilt als vorbildlich in der bundesdeutschen Gedenkstättenlandschaft. Auf der Basis seiner langjährigen Erfahrung skizziert Detlef Garbe im vorliegenden Beitrag die vielfältigen Aufgaben einer modernen KZ-Gedenkstätte sowie die damit verknüpften konzeptionellen Überlegungen. Der Beitrag ist auch für die kleineren Gedenkstätten in Schleswig-Holstein und die Arbeit der noch jungen „Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten“ von großer Relevanz.*

*Die Redaktion*

### **Einleitung**

An Orten, die in der Geschichte zum Schauplatz schlimmster Menschenrechtsverletzungen und zu Tatorten von staatlich organisierten Massenverbrechen wurden, sind Aufarbeiten, Lernen und Trauern unauflöslich miteinander verbunden. Gleichwohl stellen Forschen, Vermitteln und Gedenken je eigene Formen der Annäherung dar. Das Schülerprojekt, das in der Gedenkstätte nach Antworten auf eine Themenstellung sucht, die Besuchergruppe, die den Ort im Rahmen einer zweistündigen Führung kennen lernen möchte, und die Personen, die zu einer Gedenkveranstaltung oder als individuell Trauernde kommen, haben ganz unterschiedliche Erwartungen und Bedürfnisse. Für sie muss die Ansprache jeweils verschieden sein. Forschen, Vermitteln und Gedenken sind deshalb trotz aller Berührungspunkte klar voneinander zu unterscheiden. Sie haben jeweils ihre eigenen Sphären: Unaufgeregt, kognitiv und kontextualisierend das Forschen, didaktisch konturiert, abwägend informativ und möglichst interaktiv das Vermitteln, parteiisch, emotional und kommemorativ das Gedenken.

Für die Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme sah schon die Anfang der 1990er Jahre von einer Senatskommission erarbeitete und 1993 von der Hamburgischen Bürgerschaft beschlossene „Gesamtkonzeption“<sup>1</sup> eine klare Trennung vor zwischen dem Dokumentationsbereich (verortet vor allem im ehemaligen Häftlingslager) und dem Gedenkbereich um das 1965 auf dem Gelände der ehemaligen Lagergärtnerei geschaffene Mahnmal. Dies lag sicherlich auch an den räumlichen Gegebenheiten, hat sich insgesamt aber sehr bewährt. Die

im Anschluss an die Gefängnisverlagerungen in den ehemaligen Häftlingsunterkünften, in den SS-Garagen und den KZ-Betrieben 2005 bis 2007 eröffneten Dauerausstellungen dienen ausschließlich der Information und sind frei von memorialen Funktionen, wobei Möglichkeiten forschenden Lernens durch Vertiefungsebenen, ein Studienzentrum und ein „Offenes Archiv“ befördert werden. Die Mahnmalsanlage, das Haus des Gedenkens und der dem individuellen und Gruppengedenken gewidmete Gedenkhain vertrauen hingegen auf die Kraft der durch sie selbst evozierten Wirkung. Sie sind daher weitgehend frei von didaktischen Zugriffen und Erläuterungstexten geblieben.

Mit Ausstellungen und weiteren Informationsangeboten versehene Gedenkstätten – und nur solche möchte ich hier unter dem Begriff „Gedenkstätte“ verstehen – haben zugleich die klassischen Museumsaufgaben „Sammeln – Bewahren – Forschen – Ausstellen – Vermitteln“ zu übernehmen wie auch die herkömmlichen Aufgabenfelder der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Sie repräsentieren also sowohl eine spezifische Form zeitgeschichtlicher Museen als auch historisch-politischer Forschungs- und Bildungsstätten. Sie sind museale Einrichtungen insofern, als sie einen zumeist aus den noch erhaltenen Gebäuden und Anlagen bestehenden historischen Nachlass bewahren und verwalten, über Sammlung, Bibliothek und Archiv verfügen, einen geschichtlichen Sachverhalt erforschen und ihn anhand von Realien und Exponaten in Ausstellungsform der Öffentlichkeit vermitteln und erklären. Sie sind Forschungs- und Bildungsstätten insofern, als sie Archivnutzungen ermöglichen und fördern, Anfragen (zumeist zu Häftlingsschicksalen) beantworten, Schüler- und Studentengruppen bei der Quellenrecherche behilflich sind, Tagungen veranstalten, eigene Arbeitsergebnisse publizieren und gemeinsame Forschungsprojekte mit Dritten initiieren und durchführen. Gedenkstätten haben sich damit über ihre klassischen Funktionen als Orte individueller Trauer, als Mahnmal und Manifestationsort hinaus zu multifunktionalen Einrichtungen entwickelt.

## **Forschen**

Voraussetzung jeder Vermittlungstätigkeit und pädagogischen Bemühung wie auch eines nicht nur unbestimmten Gedenkens ist die wissenschaftliche Erschließung des jeweiligen historischen Ortes. Da die authentischen Orte durch Nachnutzungen und in anderer Weise vielfach überformt und aus dem ursprünglichen Zusammenhang gelöst sind, bedürfen sie der Erklärung und der weiteren Aufklärung. Ohne ein möglichst gesichertes Grundwissen über die Ereignisse und Personen, an die erinnert und um die getrauert werden soll, ist auch Gedenken nicht möglich. Insofern ist die Forschung keine zusätzliche Aufgabe, sondern ein Grundbestandteil jeder Gedenkstättenarbeit. Natürlich wird und soll die kon-



Abb. 1 Nach der Neugestaltung 2005: Haupteingang zur KZ-Gedenkstätte Neuengamme am ehemaligen Lagereingang

textbezogene Grundlagenforschung an Universitäten und Forschungsinstituten geleistet werden. Aber die Untersuchung ortsbezogener Aspekte, der Aufbau und die Pflege von Datenbanken und Archivbeständen für die Auskunftserteilung, Informations- und Interviewerhebungen aus Gesprächen mit Besuchern etc. können zweckmäßiger Weise nur durch die Gedenkstätten selbst geleistet werden. Grundlagen der Forschungsaufgabe der Gedenkstätten bilden zunächst das Sammeln, Bewahren und Dokumentieren. Im Gegensatz zu nachträglich geschaffenen Denkmälern sind Gedenkstätten als ehemalige Tat- und Leidensorte Sachzeugnisse und „Denkmale aus der Zeit“<sup>2</sup> – um den Begriff von Volkhard Knigge aufzunehmen. Die Sicherung und Bewahrung der historischen Überreste des jeweiligen Ortes gehört deshalb zu den vordringlichsten Aufgaben der Gedenkstätten. Dies beinhaltet sowohl die Erhaltung baulicher Überreste in spurensichernder, historiographischer und didaktisch-pädagogischer Perspektive, die Sammlung von Objekten, Fotos und Dokumenten als auch die Erhebung von Zeitzeugenberichten. Dabei muss das historische Interesse neben dem eigentlichen Untersuchungszeitraum der Lagerexistenz – nachgeordnet – auch den Phasen der Nachnutzung sowie der Entstehungsgeschichte der Gedenkstätten gelten.

Die dezentral von den Gedenkstätten aufgebauten Sammlungen und Spezialarchive werden erfahrungsgemäß von Forschern und Studiengruppen ebenso wie von Schülerprojekten in hohem Maße genutzt. Da die Erinnerung der Überlebenden ein unverzichtbarer Grundstein für die Rekonstruktion der Lagergeschichte ist, haben die Gedenkstätten einen Schwerpunkt ihrer Sammlungstätigkeit auf die Bewahrung der Zeugnisse ehemaliger Häftlinge bzw. Verfolgter gelegt. Auch wenn es eine Arbeit gegen die Zeit ist, noch ist es möglich, die Berichte von Überlebenden auf Ton- und Bildträgern aufzuzeichnen und sie damit als Quelle der Nachwelt zu bewahren.<sup>3</sup> Ebenso unabdingbar ist eine kleine Spezialbibliothek. Die größeren Gedenkstätten bieten im Internet eine gemeinsame Plattform für die Recherche nach themenspezifischer Literatur an.<sup>4</sup>

Gedenkstätten fördern und betreiben Forschungen zur Geschichte der jeweiligen Orte, ihrer historischen Bezüge und ihrer Rezeption. Sie arbeiten dabei nach Möglichkeit mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen zusammen. Hierbei erweist sich insbesondere die Kooperation mit einer Universität als sinnvoll, und zwar nicht nur im Hinblick auf gemeinsame Forschungsprojekte, sondern vor allem auch durch die Initiierung von wissenschaftlichen Qualifikationsarbeiten wie Promotionen, Magisterarbeiten etc., von deren Ergebnissen sie in ihrer Arbeit sehr profitieren können. Gedenkstätten veranstalten Fachtagungen und Konferenzen und machen Forschungsergebnisse einem breiten Publikum durch Publikationen, Ausstellungen oder mittels anderer Medien zugänglich. Die Fachzeitschriften und Schriftenreihen, die von den Gedenkstätten herausgegeben werden, belegen ihre hohe wissenschaftliche Fachkompetenz. Die wichtigsten Periodika sind die in der Regel jährlich im Buchumfang erscheinenden Zeitschriften „Dachauer Hefte“<sup>5</sup> und die „Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland“<sup>6</sup> sowie der sechs Mal jährlich erscheinende „Gedenkstätten-Rundbrief“<sup>7</sup>. Schriftenreihen geben unter anderem die Gedenkstättenstiftungen in Brandenburg, Niedersachsen und Sachsen, das Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager, die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin und die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz heraus.

## **Vermitteln**

Neben der Erschließung der baulichen Zeugen – soweit vorhanden – ist die museale Ausstellung das zentrale Medium, um die Geschichte des Ortes zu dokumentieren und den Besuchern nahezubringen. Ergänzend zu Dauerausstellungen werden durch Wechselausstellungen unterschiedliche Themen vertieft. Gedenkstätten stellen Informationen für sehr unterschiedliche Besuchergruppen zur Verfügung. Materialien für Besucherinnen und Besucher sollten möglichst nach Inhalten, Wissensstufe und Lebensalter unterschiedlich didaktisch aufge-

arbeitet und bereitgestellt werden. Die Arbeitsweisen der Schule, der Erwachsenenbildung, der Museumspädagogik, politischer und ästhetischer Bildung bilden die Orientierung für die inhaltliche und methodische Gestaltung der von den Gedenkstätten bereitgestellten Informationen. Dafür bedarf es pädagogisch ausgebildeten Personals in der Besucherbetreuung ebenso wie Film- und Gruppenräume und möglichst auch Unterkunftsmöglichkeiten und Begegnungsstätten für längere Aufenthalte von speziellen Besuchergruppen.

In den letzten Jahren ist die Entwicklung zu verzeichnen, dass sich insbesondere die größeren, hauptamtlich betreuten Gedenkstätten immer stärker hin zu professionellen Bildungsstätten verändern, in denen wissenschaftliche Forschung und pädagogische Arbeit miteinander verbunden werden können. Sie arbeiten an neuen Formen, die entdeckendes und forschendes Lernen ermöglichen (Projektstage und -wochen, Workshops, berufsfeldbezogene Seminare etc.).<sup>8</sup> Sie fördern generationsübergreifende Gespräche über Geschichtserfahrungen und politische Verantwortung sowie internationale Begegnungen, zum Beispiel in Form von Jugend-Workcamps zur „Spurensicherung“<sup>9</sup>. Durch die Ergänzung mit Formen künstlerischer Verarbeitung werden Gedenkstätten auch als Orte kultureller Erfahrung erlebbar.<sup>10</sup> Überhaupt ist bei Projekten die Anfertigung eines gemeinsamen Arbeitsergebnisses, beispielsweise in Form einer szenischen Lesung, eines Videofilmes oder einer kleinen Ausstellung, anstrebenswert.



Abb. 2 Präsentation von Arbeitsergebnissen im Rahmen einer Projektwoche der Verwaltungsschule der Stadt Hamburg in den Räumen des Studienzentrums in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme



Abb. 3 Blick in den Themenbereich 2 „Die Häftlingsgruppen“ der Hauptausstellung „Zeitspuren: Das Konzentrationslager Neuengamme 1938-1945 und seine Nachgeschichte“

Bei der Neukonzeption von Ausstellungen – so die in den letzten Jahren vielerorts gewonnenen Erfahrungen<sup>11</sup> – gilt es, zunächst ein überschaubares Gerüst von Grundinformationen anzubieten, sich weitgehend auf die Vermittlung des am jeweiligen Ort zentralen historischen Geschehens zu beschränken (Verzicht auf umfassende thematische Gesamtdarstellungen zur Geschichte des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs) und in Darstellung und Präsentation dem Prinzip der didaktischen Reduktion Vorrang zu geben. Als Gestaltungsmerkmale haben sich bewährt:

- kurze, aber präzise Überblicks- und Erläuterungstexte;
- Dokumente als Exponate, nicht als seitenlanger Lesestoff;
- zeitgenössische Fotos und Zeichnungen als Bildquellen, in denen Überlebende oftmals Situationen festgehalten haben, die in die offizielle Lagerfotografie der SS, aber auch in die Fotos der Befreier keinen Eingang gefunden haben;
- gegenständliche Originalzeugnisse;
- Modelle, aber keine Rekonstruktionen bzw. Nachbauten;
- Rauminszenierungen und andere Formen künstlerischer Auseinandersetzung.

Dabei bedeutet das Ausstellungsprinzip der Textreduktion keineswegs den Verzicht auf Informationstiefe und -vielfalt. Vielmehr bieten zum Beispiel Schubladen-



Abb. 4 Besucher in der Hauptausstellung bei der Lektüre von Biografiebüchern

elemente und Lesemappen, audiovisuelle Medien und interaktive PC-Stationen nahezu unerschöpfliche Vertiefungsmöglichkeiten. Einzelne Themen können auch in Sonderausstellungen und begleitenden Veranstaltungsprogrammen behandelt werden. Grundsätzlich empfehlenswert sind biographische Zugänge durch die Darstellung von Einzelschicksalen. Leitprinzip jeder Gedenkstätten-Ausstellung sollte Transparenz, Offenheit und das Zutrauen in die Überzeugungskraft der (allerdings mit Bedacht auszuwählenden) Exponate sein; es bedarf keiner „belehrender“ oder „moralisierender“ Kommentierungen, sondern der Ermutigung der Besucherinnen und Besucher zur eigenständigen Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit.

Diesem Gesichtspunkt folgt auch die bereits 1990 unter der Leitung von Jörn-Peter Leppien erarbeitete Ausstellung in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund <sup>12</sup>, deren unprätentiöse Nüchternheit und klare Gliederung noch heute zu überzeugen weiß. Auch wenn die visuelle Form, zeitgemäße Präsentationstechniken und die Einbeziehung audiovisueller und computergestützter Medien Ergänzungen und Überarbeitungen von Ausstellungen in Gedenkstätten erfordern, bleiben Aspekte des Designs gegenüber dem Dokumentationsinteresse von nachrangiger Bedeutung.

Ziel der Bildungsarbeit in Gedenkstätten sollte es sein, über den Nationalsozia-

lismus so aufzuklären, dass mit ihm verwandte politische Phänomene auch heute und zukünftig tiefergehend analysiert werden können. Von daher gehört es auch zu dem Auftrag von Gedenkstätten, die Spuren der Vergangenheit in der Gegenwart zu erhellen und dies auch zum Gegenstand von Ausstellungen und pädagogischer Arbeit zu machen. Es ist also beispielsweise zu fragen nach dem Schicksal der Opfer und dem Verbleib der Täter nach 1945, nach dem Umgang mit den ideologischen Hinterlassenschaften in unserer Gesellschaft, nach dem – wie es Theodor W. Adorno einst formulierte – „Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie“<sup>13</sup>.

Wenn Gedenkstätten nicht nur als Orte der „Bewältigung von Vergangenheit“ gesehen werden, sondern ihnen auch die Aufgabe zugeschrieben wird, geschichtliche Erfahrung in die Gestaltung der Zukunft einzubringen, so ist zu fragen: Bieten sie den offenen Kommunikationsraum, der einen Austausch über diese Fragen vor dem Hintergrund der geschichtlichen Erfahrungen anregt? Motivieren sie die Besucher dazu, nicht nur zu gedenken, sondern nachzudenken und auch weiterzudenken? Gefordert sind hier selbstverständlich keine Belehrungen, ideologischen Deutungsmuster oder gar vermeintliche Patentrezepte, aber um des Vermächnisses der Opfer und ihrer eigenen Glaubwürdigkeit willen können die Gedenkstätten sich aktuellen Gefährdungen und gegenwärtigem Unrecht nicht verschließen, sondern müssen auch in dieser Richtung ein „Stein des Anstoßes“ sein.

Als „Mahnmal“ zu wirken beinhaltet insofern auch, aus der Empathie mit den Opfern des Nazi-Regimes die Solidarität mit den Opfern heutigen Unrechts anzumahnen. Das Faktum, dass in den Mahn- und Gedenkstätten der DDR der Menschenwürde die Ehre erwiesen und der Antifaschismus beschworen wurde, aber im Land grundlegende Menschenrechte verwehrt wurden und schwere politische Verfolgungen zu verzeichnen waren, hat nicht unwesentlich zum Bankrott des zum Ritual erstarrten Antifaschismus in der DDR beigetragen.

Denn wenn Gedenk- und Dokumentationsstätten von Besuchern als museale Reliquiensammlungen von Vergangenen missverstanden werden können, wenn sie nur Antworten bieten, aber keine Fragen aufwerfen, dann haben sie ihre Aufgabe verfehlt.

## **Gedenken**

Gedenkstätten sind in der Regel auch Friedhöfe; symbolisch im Ganzen und konkret dort, wo sich Gräber von Opfern befinden. Pflege und Gestaltung der Gräber, die Bewahrung der Namen der Toten, die Schaffung von Orten des Gedenkens, der Besinnung und der Trauer gehören zu den Kernaufgaben der Gedenkstätten. Nicht selten bot die Existenz von Gräbern den Anlass zur Gründung



Abb. 5  
Das im November 1965  
eingeweihte Internationale  
Mahnmal als unverändertes  
Zeugnis der Memorialkultur  
in der KZ-Gedenkstätte  
Neuengamme

von Gedenkstätten, wie es auch in Ladelund war, wo die Anfänge der Gedenkstättenarbeit bekanntlich bis in die frühe Nachkriegszeit zurückreichen.

Dort, wo biographische Bezüge bestehen, ist die Trauer um Verwandte und Freunde ganz konkret und elementar. Akte des Gedenkens richten sich aber auch auf Personen, mit denen aufgrund von weltanschaulicher oder religiöser Nähe, Lebensweise, Gruppenzugehörigkeit beziehungsweise nationaler oder regionaler Herkunft eine besondere Verbundenheit besteht.

Die Gedenkstätten haben eine Verpflichtung allen Opfergruppen gegenüber, für deren Identität sie zentrale Bezugspunkte darstellen, insbesondere gegenüber den ehemals Verfolgten, deren Angehörigen und Nachkommen. Sie tragen dazu bei, Einzelschicksale zu klären. Sie geben Überlebenden oder deren Angehörigen Auskünfte in allen das jeweilige Einzelschicksal betreffenden Belangen. Sie unterstützen in diesem Zusammenhang die Opfer, deren Angehörige oder Nachkommen bei der Verfolgung berechtigter, mit dem Verfolgungsschicksal verbundener Anliegen.



Abb. 6  
Stoffbahnen mit den  
bekannten Namen der  
Todesopfer des KZ  
Neuengamme im Haus  
des Gedenkens

Gedenkstätten sind mithin sowohl Orte individueller Trauer, an denen Angehörige ihrer ermordeten Verwandten gedenken, als auch Stätten kollektiven Gedenkens, an denen Gruppen mittels ritueller und liturgischer Formen gemeinschaftlich bekennen, das Vermächtnis der Opfer zu wahren und die Mahnung für Gegenwart und Zukunft immer von neuem wach zu halten. Insofern fungieren KZ-Gedenkstätten zugleich als mit Denkmalsanlagen versehene politische und weltanschauliche Manifestationsorte.

Für die verschiedenen Verfolgtenverbände stehen – verständlicherweise – die Betonung des selbst erfahrenen Leidens und die Aufklärung über ihr eigenes Lebensschicksal im Vordergrund. Die Gedenkstätten hingegen haben in ihren Ausstellungen, ihrer Forschungs- und Vermittlungsarbeit alle Opfergruppen in einer der jeweiligen historischen Bedeutung angemessenen Weise zu dokumentieren. Sie haben jener großen Gefahr entgegenzuwirken, die in einer Instrumentalisierung der Opfer und der Segregation des Gedenkens liegt. Wenn z. B. Parteien, Gewerkschaften und Kirchen exklusiv die Opfer aus den eigenen Reihen ehren, ohne nach den Toten der anderen Gruppen zu fragen, dann scheint ihr Beweg-

grund weniger Lernbereitschaft zu sein, sondern eher der Wunsch nach Stärkung der eigenen Identität. Die rituelle Selbstvergewisserung – die „Anrufung“ der jeweiligen „Blutzeugen“ – dient der Legitimation der eigenen Gemeinschaft und gilt als Beleg für die „Unanfechtbarkeit“ des eingeschlagenen Weges.

Die Erfahrungen aus der Arbeit in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme zeigen mir, dass sich Betroffenheit über die Nazi-Verbrechen, Empathie mit den Opfern und Sensibilität gegenüber dem Unrecht weder pädagogisch verordnen noch durch die Inszenierung von Grauen ausstellungsdidaktisch herstellen lässt. Historisch-politisches Lernen bedarf vielmehr der einführenden und sich hineindenkenden Erkenntnis, dass die Beschäftigung mit der Geschichte auch Einsichten für das eigene Leben in Gegenwart und Zukunft vermittelt. Es muss das Bewusstsein darüber wachsen, dass die Beschäftigung mit den nationalsozialistischen Verbrechen nicht allein aus historischem Interesse und aus dem Respekt gegenüber den Opfern erfolgt, sondern weil aus ihr für jeden einzelnen ein Zugewinn an politischer Kultur und humaner Gesinnung erwächst. Indem die Gedenkstätten tiefste Verletzungen der Menschlichkeit dokumentieren, können sie einen Beitrag leisten zur Stärkung der universellen Bedeutung der Menschenrechte. Nirgendwo zeigt sich der Wert der Freiheit stärker als vor dem Abgrund der Unfreiheit.

#### Anmerkungen

- 1 Detlef Garbe, Die Arbeit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme 1981 bis 2001. Rückblicke – Ausblicke. Eine Dokumentation der Aktivitäten 20 Jahre nach der Eröffnung des Dokumentenhauses in Hamburg-Neuengamme, hrsg. v. d. KZ-Gedenkstätte Neuengamme. 2., um einen Nachtrag erweiterte Auflage, Hamburg 2002, S. 25 f.
- 2 Volkhard Knigge, Buchenwald, in: Detlef Hoffmann (Hg.), Das Gedächtnis der Dinge. KZ-Relikte und KZ-Denkmäler 1945-1995. Frankfurt am Main/New York 1997, S. 92-173.
- 3 Vgl. zur besonderen Problematik von Interviews mit KZ-Überlebenden: Michael Pollak, Die Grenzen des Sagbaren. Lebensgeschichten von KZ-Überlebenden als Augenzeugenberichte und als Identitätsarbeit. Aus dem Französischen von Hella Beister. Frankfurt am Main/New York 1988; Ulrike Jureit, Erinnerungsmuster. Zur Methodik lebensgeschichtlicher Interviews mit Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager. Hamburg 1999; dies./Karin Orth, Überlebensgeschichten. Gespräche mit Überlebenden des KZ Neuengamme. Mit einem Beitrag von Detlef Garbe. Hamburg 1994.
- 4 Der Online-Katalog der Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstättenbibliotheken (AGGB) enthält zurzeit die Bestände folgender Bibliotheken: Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V., Deutsche Nationalbibliothek, Anne-Frank-Shoah-Bibliothek (Leipzig), Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz (Berlin), Ge-

denkstätte Deutscher Widerstand (Berlin), Stiftung Neue Synagoge Berlin - Centrum Judaicum und Stiftung Topographie des Terrors (Berlin). Die Adresse lautet: <http://www.zeitgeschichte-online.de/alg-agg/>

- 5 Die „Dachauer Hefte. Studien und Dokumente zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager“ werden seit 1985 von Wolfgang Benz und Barbara Distel im Auftrag des Comité International de Dachau herausgegeben; das letzte Heft Nr. 23 (2007) erschien zum Thema „Nationalitäten im KZ“.
- 6 Die „Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland“ werden seit 1994 von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme herausgegeben und von einer Redaktion verantwortet, der unter anderem die Leiter/-innen der Gedenkstätten Bergen-Belsen, Emslandlager, Mittelbau-Dora, Neuengamme und Ravensbrück angehören. Das letzte Heft Nr. 10 (2007) ist zum Thema „Hilfe oder Handel? Rettungsbemühungen für NS-Verfolgte“ erschienen.
- 7 Der sechs Mal jährlich erscheinende GedenkstättenRundbrief (Redaktion Thomas Lutz) wird seit 1983 herausgegeben, die ersten zehn Jahre durch die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, seit 1993 – nach Überleitung des Gedenkstättenreferats dorthin – durch die Stiftung Topographie des Terrors.
- 8 Vgl. Heidi Behrens-Cobet (Hg.), *Bilden und Gedenken. Erwachsenenbildung in Gedenkstätten und an Gedächtnisorten*. Essen 1999; Wolfgang Klameth/Andreas Wagner (Hg.), *Gedenkstättenpädagogik in der Jugendarbeit*. Rostock 2000; *Praxis der Gedenkstättenpädagogik. Erfahrungen und Perspektiven*, hrsg. v. Annegret Ehmann, Wolf Kaiser, Thomas Lutz, Hanns-Fred Rathenow, Cornelia vom Stein und Norbert H. Weber. Opladen 1995.
- 9 Vgl. Kirsten Dietrich/Christa Schulz, „Nicht nur reden, sondern auch etwas tun.“ Historisch-politische Bildung mit jungen Erwachsenen in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück am Beispiel der Workcamps, in: Behrens-Cobet, *Bilden und Gedenken* (Anm. 8), S. 51-74.
- 10 *Kunstpause. Die Praxis internationaler Jugendworkcamps an Gedenkstätten ändert sich*. Ein Leseheft. Zusammenstellung: Frank Jürgensen/KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Hamburg 2002.
- 11 Vgl. *KZ-Gedenkstätte Neuengamme* (Hg.), *Museale und mediale Präsentationen in Gedenkstätten*. Bremen 2001 (Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Heft 6).
- 12 Dazu Jörn-Peter Leppien, *Erinnern für Gegenwart und Zukunft. Die historische Dokumentation in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund*, in: GFH 4/2006, S. 277-294. Detlef Garbe, *Die Nordfriesische Außenkommandos des KZ Neuengamme. Geschichte und Gedenken*, in: GFH 3/2008, S. 257-268.
- 13 Theodor W. Adorno, *Erziehung zur Mündigkeit – Vorträge und Gespräche*. Hrsg. v. Gerd Kadelbach. Frankfurt am Main 1975, S. 22.

## Helmut Schumann 70 Jahre

Helmut Schumann ist ein Mann, der da ist, wenn er gebraucht wird, wo auch immer das ist. Probleme, egal welche, löst er; Knoten haut er durch. Für ihn könnten Begriffe wie Tatkraft und Durchsetzungsfähigkeit neu erfunden werden. Sachverstand und Einfühlungsvermögen vervollständigen sein Bild. Fairness und soziale Gesinnung gehören dazu; sie sind bei ihm hoch entwickelt.

Das alles ist mit nur wenigen Bemerkungen über die 70 Jahre seines Lebens leicht darzustellen: Nach dem Kriege kam er – mit Mutter und Geschwistern aus Pommern vertrieben – in Flensburg an, musste im Barackenlager wohnen und lernte, wie man sich unter schwierigen Bedingungen durchschlägt und behauptet. Nach der Schulzeit begann er als Fünfzehnjähriger im Selbsthilfe-Bauverein eine Ausbildung zum Kaufmann in der Wohnungswirtschaft. Sein Chef Willi Sander wusste 1954 sicher noch nicht, dass er mit Helmut Schumann seinen eigenen Nachfolger auf den Weg bringen würde. Als Direktor dieser von Vertriebenen aus Ostdeutschland gegründeten Wohnungsbaugesellschaft hat Helmut Schumann dem Wohnungsbau in Flensburg, vor allem auf der Mürwiker Seite, wesentliche Impulse gegeben und den wirtschaftlichen Grundstein für die nach seiner Zeit erfolgte Übernahme der WoBau Flensburg gelegt.

Im Sport war er zunächst selbst aktiv, und zwar als Fußballer. Sein Organisationstalent und seine Fähigkeit, Menschen zu führen, brachten ihm später Funktionärsaufgaben aller



Helmut Schumann

Art ein. Und dann gelang ihm die vielleicht wichtigste Veränderung in der Geschichte des Flensburger Sports: Er bewirkte federführend die Fusion zweier Sportvereine zum neuen TSB, der heute der größte und vielseitigste Sportverein in unserer Stadt ist.

Sein politisches Interesse führte ihn schon früh in die SPD. Er wurde in die Ratsversammlung gewählt und war lange Jahre Fraktionsvorsitzender seiner Partei. Auch hier brachte er viele Ideen ein, gab Richtungen vor und beeinflusste so – oft entscheidend – die Entwicklung unseres städtischen Gemeinwesens.

Als sich der Grenzfriedensbund anschickte, mit der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS) zu fusionieren, war wieder Helmut Schumann da, um seine Erfahrungen im Vereins- und Vertragswesen zur Verfügung zu stellen. Was dabei herauskam, stellte alle, auch die Bedenkenräger, zufrieden. Der ADS-Grenzfriedensbund ist nach dem Zusammenschluss ein funktionstüchtiger Grenzverband geblieben. Bei diesem Engagement Schumanns mag seine Frau Ingrid, die viele Jahre schon Geschäftsführerin des Grenzfriedensbundes war und jetzt im neuen Verband Referentin für Grenzlandfragen ist, ein wenig Pate gestanden haben.

In den verschiedenen Bereichen seines Wirkens, im Wohnungsbauwesen, in der Kommunalpolitik und im Sport, hat Helmut Schumann hohe Ehrungen erfahren. Stellvertretend für alle Auszeichnungen sei hier das Bundesverdienstkreuz erwähnt, das ihm in Würdigung seiner Gesamtleistung vom Bundespräsidenten verliehen wurde.

Zum Bild dieses Mannes gehört aber auch seine oft unbändige Lebensfreude, seine Lust, Freunde um sich zu versammeln und fröhliche Feste zu feiern. Vielen ist er ein wirklich guter Freund; für alle, die mit ihm zu tun haben, ist er ein Mann, auf den man sich verlassen kann.

Artur Thomsen

---

## SCHLAGZEILEN AUS DEM GRENZLAND

---

Beharrlicher Einsatz  
ergab Bonus

Flensburg Avis, 11.12.2008

*Während die im Landshaushalt 2009/10 vorgesehenen Zuschüsse für die meisten Minderheitseinrichtungen, auch für jene der Sinti und Roma, unverändert blieben, konnte der SSW Ausgleichszahlungen für steigende Lohntarife in der friesischen Kulturarbeit und am vom SSF betriebenen Dannewerk-Museum durchsetzen. Auch sicherte die Landesregierung zu, die Hälfte*

*der Fahrtkosten für dänische Fahrschüler zu übernehmen, wenn die Landkreise die andere Hälfte übernehmen. Der Kreis Schleswig-Flensburg beschloss jedoch einen pauschalen Zuschuss, so dass die Gleichstellung dänischer Fahrschüler nach wie vor nicht gewährleistet wird (s. GFH 4/2008, S. 431).*

Kongress: Region als Vorreiter für  
den Klimaschutz

Flensburger Tageblatt, 11.12.2008

*Auf ihrem gemeinsamen Zukunftskongress in Kiel vereinbarten die Spitzenvertreter des Landes Schleswig-Holstein und der Region Syddanmark eine enge Zusam-*

*menarbeit in der Energiepolitik mit dem Ziel, langfristig von wenig umweltfreundlichen Energieträgern unabhängig und so Vorreiter in der Klimapolitik zu werden. Auch die Zusammenarbeit in der Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik soll weiter ausgebaut werden.*

### Marathon-Absage bedauert

Flensburger Tageblatt, 11.12.2008

*Nach fünf erfolgreichen Jahren findet der YOU!MM-Lauf (European Minority Marathon, s. GFH 3/2006, S. 218) 2009 nicht mehr statt, da es sowohl am Geld als auch an Unterstützung durch flankierende Veranstaltungen fehlt.*

### 25 Jahre Flensburger Wärme für Pattburg

Flensburger Tageblatt, 11.12.2008

*Die grenzüberschreitende Wärmeversorgung von Pattburg durch Fernwärme der Flensburger Stadtwerke feierte ihr 25-jähriges Bestehen. Die Kooperation mit Padborg Fjernvarme wurde als Pionierleistung in einer Zeit gewürdigt, in welcher grenzüberschreitende Zusammenarbeit noch lange nicht alltäglich war.*

### Preis für S. Matlok

Flensburger Tageblatt, 11.12.2008

*Der Chefredakteur des Nordschleswigers Siegfried Matlok wurde für seine publizistische Tätigkeit mit dem Preis von Den Danske Publicistklubs Jubilæumslegat ausgezeichnet. Begründet wurde dies mit dem Engagement, mit dem Matlok seine Zeitung als deutsche Stimme in Dänemark gestaltet, die auch überdurchschnittlich*

*häufig von anderen Medien zitiert wird. Der Geehrte wertete dies als Auszeichnung für alle Mitarbeiter seit 1946 und zeigte sich erfreut darüber, dass erstmals ein Journalist ausgezeichnet wurde, der täglich in deutscher Sprache in Dänemark schreibt.*

### Jetzt fast 20.000 Grenzpendler

Der Nordschleswiger, 13.12.2008

*Eine Umfrage des Regionskontors bei den dänischen Kommunen ergab, dass die Zahl der Grenzpendler im Jahr 2008 von 12.700 auf 19.300 hochgeschwungen ist. Von diesen bewegen sich weiterhin nur 1200 täglich von Norden nach Süden, während über 7000 von Süd- nach Nordschleswig einpendeln und die große Mehrheit in den übrigen 94 dänischen Kommunen arbeitet.*

### Forderung nach Koordination in der Verkehrspolitik

Jydske Vestkysten, 16.12.2008

*Bei einer deutsch-dänischen Konferenz zur grenzüberschreitenden Verkehrspolitik an der IHK Flensburg wurden die drängenden Probleme beim grenzüberschreitenden Verkehr zur Sprache gebracht. Dazu zählen vor allem die Verkehrsverbindungen an der Westküste und die seit langem geforderte Rekonstruktion des in den 1930er Jahren entfernten Doppelgleises zwischen Pattburg und Tingleff sowie zwischen Woyens und Vamdrup, dessen Fehlen immer wieder massive Verspätungen verursacht. Der dänische Verkehrsminister Lars Barfoed (Kons.) sicherte zu, dass auch das Grenzland von den für die nächsten Jahre vorgesehenen Milliardeninvestitionen in die Verkehrs-*

*wege profitieren werde. Der Forderung nach Einrichtung einer deutsch-dänischen Verkehrskommission stand der Minister zunächst eher zurückhaltend gegenüber. Der Chef der Kieler Staatskanzlei Heinz Maurus schloss sich dieser Forderung an, weil die Landesverkehrspläne stärker als bisher den Zubringerverkehr jenseits der Grenzen berücksichtigen müssten.*

### Immer noch keine EU-Schilder für dänische Autos

Der Nordschleswiger, 17.12.2008

*Die eigentlich für 2008 vorgesehene Einführung von Autokennzeichen mit dem inzwischen in allen anderen EU-Staaten üblichem blauen Streifen mit dem Nationalitätskennzeichen verzögert sich in Dänemark weiter. Als Ursache werden Probleme mit dem von einem amerikanischen Hersteller erarbeiteten Computerprogramm genannt. Obwohl die alte Nummerierung nach dem Schema AA 11111-ZZ 99999 demnächst ihr Ende erreicht, werden die neuen Schilder wohl erst 2010 eingeführt werden.*

### Uni und Wirtschaft für erneuerbare Energien

Flensburger Tageblatt, 31.12.2008

*Mit dem aus Interreg-Mitteln geförderten Projekt ITER (Internationale Technologieregion Erneuerbare Ressourcen) will das Deutsch-Dänische Regionalmanagement an der Industrie- und Handelskammer Flensburg in Zusammenarbeit mit den regionalen Hochschulen den Ausbau der Entwicklung regenerativer Energieproduktion weiter voranbringen und die technologische Leistungsfähigkeit der Region weiter stärken.*

### Zehn Jahre „Magna Charta“ für Regionalsprachen

Flensburger Tageblatt, 31.12.2008

*Die Europäische Charta zum Schutz der Regional- und Minderheitensprachen wurde vor zehn Jahren in Kraft gesetzt, wobei Deutschland zu den Erstunterzeichnern zählte. Trotz der nunmehr bindenden Verankerung der Sprachförderung, die auch schon einige Erfolge erzielt und zur Stabilisierung und besseren Anerkennung der autochthonen Nicht-Amtssprachen beigetragen hat, gibt es aber auch noch Defizite bei der Umsetzung (s. GFH 2/2007, S. 139).*

### Konsulat beschmutzt

Flensburg Avis, 5.1.2009

*Zum wiederholten Male wurde das dänische Generalkonsulat Vandalismus ausgesetzt. Dem Motiv der Schmierereien nach zu urteilen, waren die Täter wohl Sympathisanten des früheren autonomen Zentrums Ungdomshuset in Kopenhagen (s. GFH 4/2008, S. 424)*

### Südschleswig sollte sich in Debatte einschalten

Flensburg Avis, 5.1.2009

*Beim Neujahrsempfang forderte Generalkonsul Henrik Becker-Christensen die Vertreter der dänischen Minderheit auf, sich in die Identitätsdebatte in der dänischen Presse stärker einzumischen, um der Verbreitung irreführender Vorurteile entgegenzuwirken. Dabei bezog er sich unter anderem auf die Bezeichnung der Minderheit als Museumskultur, in der die dänische Sprache lediglich in der Schule – und auch das nur auf Druck von oben*

– eine Rolle spiele (s. GFH 4/2008, S. 423; ferner GFH 1/2008, S. 65). Umso mehr forderte er, dass die dänischen Südschleswiger die Öffentlichkeit in Dänemark aktiv über das Leben im Landesteil und über ihre Ressourcen und Kompetenzen informieren sollten.

Rekord: In einem Jahr über 5000 Ratschläge für Grenzpendler aus der Region

Flensburger Tageblatt, 6.1.2009

*Das anfangs auf lediglich 300 Beratungen im Jahr ausgelegte Infocenter Grenze beim Regionskontor hat im Jahr 2008 trotz nachlassender Konjunktur noch mehr Grenzpendlern als im Vorjahr weiterhelfen können.*

Bedeutung des Grenzdreiecks hervorgehoben

Eigener Bericht, 11.1.2009

*Beim traditionellen Neujahrsempfang der Stadt Flensburg betonten Oberbürgermeister Klaus Tscheuschner, die Apenrader Bürgermeisterin Tove Larsen und ihr Sonderburger Kollege Jan Prokopek Jensen die Wichtigkeit der fortschreitenden Zusammenarbeit der drei Kommunen (s. GFH 4/2008, S. 426). Auch beim kulturellen Programm der Veranstaltung waren die beiden nördlichen Nachbarkommunen stark vertreten.*

Dänische Einkaufstouren bringen 900 Millionen Euro

Flensburger Tageblatt, 12.1.2009

*Trotz der gegenwärtigen Finanzkrise hat der Grenzhandel auf deutscher Seite auch 2008 weitere Gewinne verbuchen können,*

*da die unterschiedlichen Steuersätze auf vielerlei Waren den Kauf in Deutschland nach wie vor attraktiv machen.*

Das Danewerk ist länger als gedacht

Flensburger Tageblatt, 13.1.2009

*Vor allem dank der Auswertung von Luftaufnahmen konnte der Ur- und Frühgeschichtler Hans Rudolf Bordemann in seiner Magisterarbeit nachweisen, dass das Danewerk anders als zuletzt angenommen doch bis an den wikingerzeitlichen Stapelplatz bei Hollingstedt an der Treene reichte (s. GFH 3/2007, S. 214).*

Dänisches Fernsehen bleibt in Südschleswig gratis

Flensburg Avis, 13.1.2009

*Obwohl infolge des neuen Medienvergleichs in Dänemark der finanziell angeschlagene bisher öffentlich-rechtliche Sender TV 2 2012 in ein Bezahlfernsehen umgewandelt werden soll, wird das Programm in Südschleswig wohl auch künftig frei zu empfangen sein. Da Kabel Deutschland keinen Platz für weitere dänische Programme in seinem Paket sieht, wird die Einspeisung weiterer dänischer Sender wie z. B. des Kulturprogramms von DR 2 südlich der Grenze auch künftig nicht möglich sein. S. auch GFH 1/2007, S. 63.*

Grænseforeningen tief in der Krise

Flensburg Avis, 14.1.2009

*Die internationale Finanzkrise hat auch für den wichtigsten dänischen Grenzverein, Grænseforeningen, der auch eine wichtige Rolle bei der Förderung der dänischen Minderheit spielt, ernsthafte Konsequenzen. Durch Verluste bei den eigenen Anlagen*

*und zu erwartende Mindereinnahmen aus dem dänischen Grenzfond rechnet der Vorsitzende Finn Slumstrup mit einem Minus von 3,8 Millionen Kronen im laufenden Haushaltsjahr.*

### Kurs festgelegt

Flensburg Avis, 14.1.2009

*Der Weggang von Ingwer Nommensen, der künftig die deutsche Schule in Oslo leiten wird, macht die Neuwahl eines Vorsitzenden des Friesenrats notwendig, zu welcher zwei Drittel der Wahlstimmen aus West-, Ost- und Nordfriesland notwendig sind. Auch als stellvertretender Vorsitzender des Friisk Foriining kann Nommensen nicht mehr zur Verfügung stehen.*

### „Gefährdete“ Demokratie

Der Nordschleswiger, 16.1.2009

*In ihrem Leitartikel kritisiert die stellvertretende Chefredakteurin Claudia Knauer, dass durch die fortschreitende Zentralisierung immer mehr Transparenz und damit auch Information verloren geht. Manche frühere Amtsaufgabe wie die Krebsnachsorge ist zwischen den Zuständigkeiten verschwunden. Die Zusammenlegungen von Polizei- und Gerichtsbezirken (für Nordschleswig zuständige Untergerichte gibt es nur noch in Sonderburg und Esbjerg) erschwert zudem die Berichterstattung für regionale und lokale Medien. Insgesamt besteht noch viel Handlungsbedarf, um die für eine demokratische Zivilgesellschaft unentbehrliche Transparenz der Behörden wieder herzustellen.*

### Steuerbehörde jetzt mit Abteilung „Ausland“ für Grenzpendler

Der Nordschleswiger, 17.1.2009

*Seit dem 1. Januar soll eine neu geschaffene Abteilung „Ausland“ der dänischen Steuerbehörde („Skat“) speziell auch deutschsprachige Grenzpendler und Arbeitnehmer in Dänemark beraten.*

### „Unter Nachbarn“ soll weitergehen

Flensburger Tageblatt, 17.1.2009

*Die nach einem Jahr ausgelaufene Zeitungsserie „Unter Nachbarn“ (s. GFH 1/2008, S. 60), in welcher Der Nordschleswiger, Flensburg Avis und die Nordausgaben des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags allwöchentlich gemeinsam ein Thema aus dem Alltag beiderseits der Staatsgrenze vorgestellt haben, wird in veränderter Form fortgesetzt. Am 16.2. bewilligte der Interreg-Ausschuss der Region die Finanzierung eines großen Teils aus den Mitteln dieses EU-Förderprogramms. Die Serie soll auch auf andere Medien ausgeweitet werden, und neben den drei ursprünglichen Partnern beteiligen sich auch TV Syd, Danmarks Radio P 4 Syd und das Anzeigen- und Wochenblatt Aabenraa Ugeavis an dem Projekt. Angestrebt wird die Einbeziehung weiterer Medienpartner, vor allem der großen Regionalzeitung Jydsk Vestkysten.*

### Grenzverein präsentierte Rekordzahlen

Flensburger Tageblatt, 17.1.2009

*Der Deutsche Grenzverein kann auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken, in welchem über 50.000 Menschen an den Veranstaltungen seiner Einrichtungen teilgenommen haben.*

## Erinnerung an die Flüchtlinge: Ungebetene Gäste hinter Stacheldraht

Flensburger Tageblatt, 20.1.2009

*Das Museum in Varde arbeitet an einer Dauerausstellung über die fast 250.000 deutschen Flüchtlinge, die in der Endphase des Zweiten Weltkriegs nach Dänemark kamen. Das größte Lager lag nahe der westjütischen Stadt bei Oksbøl, wo bis zu 35.000 Menschen lebten, bis sie nach Deutschland ausreisen konnten.*

## Deutsche wütend über Entscheidungen

Jydske Vestkysten, 28.1.2009

*Wie in den Vorjahren kam es auch beim diesjährigen Handball-Großereignis (Europameisterschaft) zu einem deutsch-dänischen Duell. Das Spiel endete mit einem knappen dänischen Sieg, bei welchem die deutsche Seite gegen zweifelhafte Entscheidungen protestierte. Trotz dieses Missklanges blieben die noch vor wenigen Jahren häufigen chauvinistischen Missklänge in der Boulevardpresse glücklicherweise aus (s. GFH 1/2008, S. 62).*

## Der Grauen des Krieges gedacht

Flensborg Avis, 28.1.2009

*Am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus (27. Januar) fand beim Harrisleer Mahnmal, das an die 1944/45 in deutsche Konzentrationslager deportierten Dänen erinnert, eine deutsch-dänische Gedenkveranstaltung statt. Im Mittelpunkt standen eindruckliche Texte und Lieder, die Schüler/innen der Duborg-Skolen und der Gemeinschaftsschule Harrislee selbst erarbeitet hatten.*

## Das Ziel ist eine engere Zusammenarbeit der Museen

Jydske Vestkysten, 29.1.2009

*Der Trägerverein Deutsche Museen in Nordschleswig und Museum Sønderjylland haben eine Übereinkunft über eine enge Kooperation in den für den Museumsbetrieb entscheidenden Bereichen der Forschung, Sammlung, Registrierung, Vermittlung, Konservierung und Vermarktung geschlossen – in dieser Form die erste ihrer Art. Es ist geplant, dieses Thema in einer der folgenden Ausgaben der GFH ausführlicher zu behandeln.*

## Deutsches Zögern beim gemeinsamen Verkehrsausschuss

Flensborg Avis, 29.1.2009

*Die Große Koalition in Schleswig-Holstein steht der Einrichtung eines grenzüberschreitenden Verkehrsausschusses, wie er von Vertretern aus der unmittelbaren Grenzregion gefordert wird, skeptisch gegenüber. Vertreter beider Parteien verwiesen auf die bereits gute Zusammenarbeit mit der Region Syddanmark (s. GFH 4/2008, S. 429).*

## Jeder vierte Bestrahlungspatient aus Dänemark

Flensborg Avis, 29.1.2009

*Seit Eröffnung der Möglichkeit, dass Krebspatienten aus Dänemark sich einer notwendigen Strahlenbehandlung am Franziskus-Hospital unterziehen können, haben dies 1500 dänische Staatsbürger genutzt, ohne dass es in Flensburg zu Engpässen gekommen wäre (s. GFH 3/2007, S. 213).*

## Westküsten-Autobahn: Gespräche mit Deutschland

Der Nordschleswiger, 31.1.2009

*Der neue dänische Generalverkehrsplan sieht in Bezug auf das Grenzland in den kommenden Jahren folgendes vor: Für die Autobahn von Klipleff nach Alsen werden 700 Millionen Kronen bereitgestellt, damit diese bis 2013 befahrbar wird. Fünf Millionen Kronen werden für Prüfungen zur Verfügung gestellt, ob die seit 2004 vollständig stillgelegten Nebenbahnen Tondern-Tingleff, Rothenkrug-Apenrade und Woyens-Hadersleben reaktivierbar sind. Zudem wird die seit langem geforderte Rekonstruktion des Doppelgleises an der Hauptbahnstrecke zwischen Vamdrup und Woyens sowie zwischen Pattburg und Tingleff ins Auge gefasst, die schon 2019 vollzogen sein soll. Der Bau einer Nord-Süd-Autobahn entlang der Westküste wurde einstweilen nicht berücksichtigt, doch wollen einige regionale Folketing-Abgeordnete zur Förderung dieses Vorhabens das Gespräch mit der deutschen Seite suchen.*

## Entschädigung nach Tod deutscher Urlauberin

Der Nordschleswiger, 3.2.2009

*Der Ehemann der im vergangenen Sommer vor dem Krankenhaus von Ringkøbing verstorbenen deutschen Urlauberin erhält von der Region Mitteljütland eine Entschädigung nach den Sätzen der dänischen Patientenversicherung. Der Fall hatte Aufsehen erregt, da der Patientin keine Hilfe gewährleistet wurde und das Nottelefon vor der Klinik, die keine Akutaufnahme mehr hat, außer Betrieb gewesen war (s. GFH 4/2008, S. 421).*

## Lobende Worte und ein Orden für „das Herz der deutschen Minderheit“

Flensburger Tageblatt, 3.2.2009

*Beim Abschiedsempfang für den zum Jahreswechsel aus dem Amt als Generalsekretär der deutschen Nordschleswiger geschiedenen Peter Iver Johannsen wurde der 64-Jährige mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt. Zahlreiche Spitzenvertreter der deutschen und dänischen Politik würdigten auf der Veranstaltung in der Sønderjyllandshalle in Apenrade die Verdienste des gelehrten Landwirts, der 35 Jahre lang die Geschäfte des BDN führte.*

## Plattdeutsch am Ende?

Flensburger Tageblatt, 4.2.2009

*Der Schleswig-Holsteinische Heimatbund und der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Börmn wiesen darauf hin, dass sich die Situation der niederdeutschen Sprache in ihrer angestammten Heimat zunehmend verschlechtere. Sie werde zu wenig an die jüngere Generation weitergegeben, und in der Schule werde zu wenig zur Förderung der bereits auf der Roten Liste der bedrohten Sprachen geführten einstigen Alltagssprache getan.*

## Herausforderungen rund um die Ostsee

Flensburger Tageblatt, 4.2.2009

*Bei ihrer Zusammenkunft haben Bundeskanzlerin Angela Merkel und Schwedens Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt neue Initiativen zur Stärkung des Ostseeraums vereinbart. Die EU-Kommission wurde mit*

*der Erarbeitung einer Entwicklungsstrategie beauftragt, die im zweiten Halbjahr unter der schwedischen Ratspräsidentschaft verabschiedet werden soll.*

Geil: Haben uns an 32. Mandat gewöhnt

Der Nordschleswiger, 4.2.2009

*Der Haderslebener Bürgermeister H.P. Geil verteidigte die Regelung, dass der Slesvigsk Parti, der politischen Vertretung der deutschen Minderheit, im Rat der Großkommune gemäß der gültigen Wahlregeln und des Wahlergebnisses von 2005 ein Sitz zusteht, der allerdings nur Rede- und kein Abstimmungsrecht beinhaltet. Bei einem Diskussions-Blog auf der Internet-Seite von DR P 4 stimmten ihm alle Teilnehmer zu. Geils Vorgänger in der bis Ende 2006 wesentlich kleineren Kommune Hadersleben, Jens Christian Gjesing, sprach sich jedoch gegen diese Regelung aus, da er sie angesichts der Kleinheit der Minderheit in der nördlichsten Großkommune Nordschleswigs für problematisch halte und der Slesvigsk Parti jederzeit die Möglichkeit offenstehe, durch Listenverbindung mit einer anderen Partei die Chancen auf Erlangung eines vollgültigen Mandats zu erhöhen. Tatsächlich ist die SP in Hadersleben inzwischen für die Kommunalwahl im kommenden November ein Wahlbündnis mit den Radikalliberalen und den Christdemokraten eingegangen (BDN-Interna März 2009).*

„Gemeinsam bauen am Haus Europa“

Flensburger Tageblatt, 7.2.2009

*Mit der stellvertretenden Präsidentin des steirischen Landtages, Barbara Gross,*

*hielt erstmals eine Frau die Festrede bei der Gedenkfeier für die Toten der Schlacht von Oeversee am 6.2.1864. Fast 800 Menschen nahmen auf Einladung des Stammkommittes und des SSF am Marsch von Flensburg zum Sankelmarker See teil. Auch des legendenhaften humanitären Einsatzes nach der Schlacht wurde gedacht (s. hierzu GFH 1/2006, S. 70 f. u. GFH 4/2006, S. 295 ff.). Am Tag zuvor fand am Soldaten-Sammelgrab auf dem Haddebyer Friedhof eine ökumenische Gedenkfeier statt, bei der speziell auch der aus der heutigen Slowakei und Ukraine stammenden gefallenen österreichischen Soldaten gedacht wurde.*

Bundesrat billigt Belt-Brücke – und Carstensen lobt die Dänen

Flensburger Tageblatt, 14.2.2009

*Als eine der letzten Hürden hat das Projekt der festen Fehmarnbelt-Querung nun auch den Bundesrat passiert. Während Ministerpräsident Peter Harry Carstensen die wirtschaftlichen Vorteile des Vorhabens herausstellte und die dänischen Partner für ihr Engagement lobte, drückte Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaftsminister Jürgen Seidel die Befürchtung aus, dass in seinem Bundesland Arbeitsplätze verlorengehen können (s. GFH 4/2008, S. 425).*

Dänemark wächst in Zentren

Der Nordschleswiger, 14.2.2009

*In Dänemark stieg die Einwohnerzahl nach Angaben von Danmarks Statistik 2008 um 36.000 Personen auf über 5,5 Millionen und lag Anfang 2009 bei 5.511.451. Der Geburtenüberschuss betrug 1492 Menschen, während der Hauptteil der Zunah-*

me auf Zuwanderung zurückgeht. Das Bevölkerungswachstum konzentriert sich weitgehend auf Kopenhagen und auf den ostjütischen Ballungsraum um Århus und Horsens, während Nord- und Westjütland und weite Teile der Inseln immer mehr Einwohner verlieren. Drei der vier nord-schleswigschen Kommunen verzeichneten ein leichtes Plus, während Tondern weiter schrumpft.

### Schleswig-Holstein und Flensburg als Drehscheibe der Minderheiten

Pressemitteilung des Nordfriisk Instituut, 18.2.2009

*Mit einem von Prof. Thomas Steensen geleiteten Seminar, zu welchem zahlreiche regionale Experten beitrugen, erkundeten Studierende der Universität Flensburg das Terrain der europäischen Minderheiten. So war vielen kaum etwas über die Minderheiten bekannt, und kaum einer der Teilnehmer wusste vorher zum Beispiel, dass Flensburg Sitz der wichtigsten europäischen Minderheiten-Organisation (FUEV) ist.*

### Keine Kontrolle über die Millionen

Flensburg Avis, 19.2.2009

*Nach seiner Untersuchung über die Verwendung der staatlichen Unterstützung für die dänische Minderheit übte der dänische Rechnungshof (Rigsrevisionen) teils scharfe Kritik am zuständigen Unterrichtsministerium, am Kontaktausschuss im Folketing und an mehreren Institutionen bzw. Vereinen der Minderheit, wo es laut dem Bericht administrative Schwierigkeiten gibt, die erhebliche Risiken für den Haushalt der Einrichtungen bergen können. Beispielsweise mussten in einigen Fällen*

*Steuern nachgezahlt werden, und Vereine gewährten Mitgliedern und Mitarbeitern übermäßige Vergünstigungen. Auch sieht Staatsrevisor Mogens Lykkesøft, früher Finanz- und Außenminister, keine Vorteile darin, dass etwa 20 Prozent des Geldes über Grænseforeningerne weitervermittelt werden. Konkret empfiehlt der Rechnungshof, die Verwaltung der Mittel vom Folketingsausschuss an das Ministerium zu übertragen. Minister Bertel Haarder hat vier Monate Zeit, um auf die Kritik des Rechnungshof zu reagieren.*

### Spoorendonk wählt Präsidenten mit Flensburg Avis, 26.2.2009

*Wie bei den vorangegangenen vier Wahlen wählte Schleswig-Holsteins SPD auch ein führendes Mitglied der politischen Vertretung der dänischen Minderheit für die Bundesversammlung am 23. Mai 2009 aus. Zum dritten Mal wird die SSW-Landtagsabgeordnete den deutschen Bundespräsidenten mitwählen.*

### Dosenmüll per EU stoppen

[www.nordschleswiger.dk](http://www.nordschleswiger.dk), 3.3.2009

*Mehrere dänische Abgeordnete des Folketing und des Europaparlaments setzen sich angesichts der Flut von Getränkedosen-Müll vor allem aus dem Grenzhandel für ein europaweites Rückgabesystem ein, so dass leere Behälter unabhängig vom Kaufland künftig in allen EU-Ländern eingelöst werden können. Zuvor hatte das dänische Umweltministerium auf Einbeziehung des Grenzhandels in das dänische Pfandsystem gedrängt, was auch vom Kieler Ministerium positiv aufgenommen worden war (Flensburg Avis, 10.2.2009; s. auch GFH 3/2005, S. 255).*

## Bandenkrieg verstärkt Forderung nach Grenzkontrolle

Flensburg Avis, 4.3.2009

*Bisher in diesem Maße nicht gekannte Auseinandersetzungen zwischen kriminellen Banden, bei denen teilweise auch nur zufällig Beteiligte ums Leben gekommen sind, erschüttern den Kopenhagener Stadtteil Nørrebro. In der Erwartung, den Schmuggel von Waffen nach Dänemark eindämmen zu können, erneuerte der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Folketing Peter Skaarup (Dansk Folkeparti) die Forderung seiner Partei nach Wiedereinführung von Grenzkontrollen (s. GFH 2/2008, S. 136) oder zumindest nach Aussetzung des Schengener Abkommens. Im Nachbarland Schweden sieht man hingegen keine Notwendigkeit zur Verschärfung von Grenzkontrollen oder Ausländergesetzen, obwohl es gerade im Kopenhagen benachbarten Malmö zu schweren Krawallen im überwiegend von Zuwanderer-Familien bewohnten Stadtteil Rosengård gekommen war (Flensburger Tageblatt, 20.12.2008, s. auch GFH 1/2008, S. 65).*

## Gespräch mit Kanzlerin

Pressemitteilung des BDN, 5.3.2009

*Spitzenvertreter der autochthonen Minderheiten in Deutschland, der deutschen Nordschleswiger und der FUEV trafen sich zu einem Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Diese würdigte die Funktion der Minderheiten als wichtige Brückenbauer und bezeichnete den Minderheitenschutz als Wesensmerkmal einer demokratischen Gesellschaft.*

## Grenzlandleben in breiter Perspektive

Flensburg Avis, 6.3.2009

*Mit Finanzhilfe aus Interreg-Mitteln wird das neue grenzüberschreitende Forschungs- und Bewahrungsprojekt „Minderheitenleben – wenn Geschichte konkret wird“ in Gang gesetzt. Ziel des Vorhabens ist es, vermehrt Zeugnisse aus dem täglichen Leben im Grenzland zu sichern, die sich noch weitgehend in privater Hand befinden und möglicherweise noch gar nicht als Geschichtszeugnisse wahrgenommen werden. Beteiligt sind das Museum im Sonderburger Schloss als Teil des Museums Sønderjylland, die deutschen Museen in Nordschleswig, das Museum Danevirkegården, Historische Forschungsstelle und Archiv der deutschen Volksgruppe und Studienabteilung und Archiv an der Dänischen Zentralbibliothek für Südschleswig. Über dieses Projekt werden wir voraussichtlich in einer der kommenden Ausgaben ausführlicher berichten.*

## Ridder-Schlag am Höchstgericht

Der Nordschleswiger, 7.3.2009

*Nachdem das Landgericht das Urteil von 50 Tagen Haft gegen einen Flensburger Taxifahrer, der drei illegal einreisende Afghanen über die Grenze befördert hatte, weitgehend bestätigt hatte (s. GFH 2/2008, S. 142), wurde es vom obersten dänischen Gericht (Højesteret) nun aufgehoben. Begründet wurde dies allerdings mit Formfehlern im Verfahren, so dass es nach wie vor keine Rechtssicherheit für Taxifahrer in Bezug auf grenzüberschreitende Fahrten gibt.*

## Regionalgeschichte im Internet – das Virtuelle Museum

*Im Grenzfriedensheft 2/2008 (S. 83-92) haben wir Uwe Danker und Astrid Schwabe Gelegenheit gegeben, ein neuartiges deutsch-dänisches Projekt zu präsentieren, welches von ihnen maßgeblich mitgestaltet wurde: das Virtuelle Museum zur deutsch-dänischen Geschichte, abrufbar im Internet unter [www.vimu.info](http://www.vimu.info).*

*Kürzlich ist hierzu ein Buch erschienen: Arne Bewersdorff, Uwe Danker, Astrid Schwabe: Geschichte erleben. Blicke auf Schleswig-Holstein 1850 bis heute (Neumünster: Wachholtz 2008, 128 S., ill.). Im Folgenden stellt der Geschichtsprofessor und Gymnasiallehrer Detlev Kraack nicht nur das neue Buch vor, sondern setzt sich in der Form eines kleinen Diskussionsbeitrags mit den Möglichkeiten und Problemen einer Nutzung des Virtuellen Museums in der geschichtlichen Bildung, vor allem im Schulunterricht, auseinander.*

*Fachdidaktisch besonders interessierte Leser seien in diesem Zusammenhang auch auf eine Veröffentlichung mit Beiträgen von einer Expertentagung hingewiesen, welche die Universität Flensburg 2007 veranstaltet hat: Historisches Lernen im Internet. Geschichtsdidaktik und Neue Medien, hrsg. v. Uwe Danker und Astrid Schwabe (Schwalbach: Wochenschau Verlag 2008, 256 S., ill.).*

*Eine Diskussion zu den von Detlev Kraack aufgeworfenen Fragen, aber natürlich auch zu anderen in den Grenzfriedensheften behandelten Themen, ist uns jederzeit willkommen.*

*Die Redaktion*

Wer sich über die neuere und neueste Geschichte des nordelbischen Raumes informieren möchte, muss sich entsprechende Informationen entweder aus recht allgemein gehaltenen Überblicksdarstellungen oder aus einem wahren Kaleidoskop von Einzeluntersuchungen zusammensuchen. Eine umfassende Darstellung des 20. Jahrhunderts, vor allem eine solche der Zeit nach 1945 und eine modernen Anforderungen genügende Wirtschafts- und Sozialgeschichte (um von Mentalitäts-, Kommunikations-, Verkehrs- und Umweltgeschichte gar nicht zu sprechen), stellt ein dringendes Desiderat der landesgeschichtlichen Forschung dar. Ist diese Lücke schon in der Forschung von kaum zu überschätzender Bedeutung, trifft sie doch vor allem die mit der Vermittlung von Geschichte betrauten Lehrkräfte in den Schulen des Landes hart. Dies gilt es umso mehr zu betonen, als die besondere (wenn auch nur fakultative) Berücksichtigung landes- und regionalgeschichtlicher Gegenstände im Unterricht in den aktuellen Empfehlungen und Lehrplänen als didaktisch sinnvoll hervorgehoben wird. Zur Umsetzung dieses Anspruchs fehlt es indes an geeignetem Lehr- und Arbeitsmaterial.

Angesichts dieses Befundes richten sich große Hoffnungen auf die Nutzung des Internets. Doch auch hier besteht Nachholbedarf, denn die offiziellen Stellen im Lande bieten derzeit keine konkrete Hilfe etwa in Form herunterladbarer und kopierfähiger Materialien an. So ist es nur zu begrüßen, dass sich ein internationales Team von Didaktikern, IT-Spezia-



Umschlagbild: Fotografische Aufnahme des Malers Heinrich Petersen-Angeln bei der Arbeit, um 1890

listen und Historikern aus dem erweiterten deutsch-dänischen Grenzraum (Universität Flensburg / IZRG, Syddansk Universitet, FH Kiel) des Problems angenommen und in den vergangenen Jahren – von der Europäischen Union gefördert – eine Art virtueller Plattform geschaffen hat, die von der ansprechend aufgemachten, aufwendig bebilderten und mit Ton-, Bild- und Filmdokumenten angereicherten Oberfläche des sogenannten „Virtuellen Museums“ aus einen umfangreichen Zugriff auf wichtige Abschnitte der kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des nordelbischen Raumes vornehmlich im 19. und 20. Jahrhundert gewährt.

Dass solcherlei nicht in einem Wurf gelingen kann, liegt auf der Hand. Hier sind die Verantwortlichen auf ein ebenso kritisches wie konstruktives Feedback der Benutzer angewiesen, um das bestehende System zu optimieren und es noch weiter an die Bedürfnisse der schulischen Vermittlung anzupassen. Insofern ist es nur folgerichtig, für das Projekt und seine Vorzüge zu werben.

In diesem Zusammenhang ist auch die vorliegende Veröffentlichung „Geschichte erleben“ zu sehen, die als „Das Buch zum Virtuellen Museum“ beworben wird. Sie bietet – gerahmt durch eine kurze Einführung sowie eine Literaturlauswahl und einen Guide zum „Virtuellen Museum“ – in zwölf kurzen Abschnitten beispielhaft Zugänge zu einigen der 36 dort präsentierten Gegenstände und Themenkomplexe, für die insgesamt 1790 Texte, 2237 Bilder, 180 Multimediaanwendungen, 80 Filme und 39 Tonangebote produziert und didaktisch aufbereitet wurden. So informiert die von Layout und Sprache her an Internetseiten und

-texte erinnernde Buchpublikation in freier Folge und ganz bewusst ohne chronologische Ordnung über folgende Gegenstände: Auswanderung nach Übersee, Landjugend, „Mensch und Meer“, Emil Nolde – verfolgt und verkannt?, „Ära Stoltenberg-Steffen“, Landgewinnung im Nationalsozialismus, Schiffbau, A. Paul Weber und Herbert Marxen, Von der Meuterei zur Revolution, „Sommerfrische“ im 19. Jahrhundert, Metallarbeiterstreik 1956/57 und den „Nationalpark Wattenmeer“.

Hier wie auf der Internetplattform selbst dürfte sich manch Leser und Nutzer unter anderem am Tempus der darstellenden Texte stoßen, die fast durchgehend im Präsens abgefasst sind. Ähnliches gilt für die inflationäre und wenig stringente Verwendung von Anführungs- und Ausrufungszeichen. Außerdem wäre darüber nachzudenken, ob in der Feinabstimmung zwischen problematisierenden Impulsen und zur kritischen Erarbeitung von Problemzusammenhängen gebotenen Materialien einerseits und in der Darstellung (vor)gegebenen bzw. nahegelegten Interpretationen andererseits nicht noch manches optimiert werden könnte.

Unabhängig davon werden die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen des Landes sicher manche der vorliegenden Materialien für die Gestaltung und Bereicherung des eigenen Unterrichts zu nutzen wissen und sich dank verschiedener Navigationshilfen (u.a. über die „Bread-crumbs“-Zeile) auch nicht in den tief gestaffelten Themenfeldern verlieren. Das setzt indes Medienkompetenz im Sinne eines kritischen Umgangs mit Informationen und Materialien und ein gewisses historisches Orientierungswissen voraus. Schülerinnen und Schüler dürften damit allerdings eher überfordert sein. Sie verfügen über kein gesichertes historisches Grundwissen und bekommen dieses bei ihrem doch eher zufälligen Hineinstolpern in die zwar miteinander verlinkten, aber ansonsten doch eher frei assoziierten Themenfelder des „Virtuellen Museums“ auch nicht unbedingt vermittelt. Vor diesem Hintergrund erscheint es fraglich, ob die als so positiv herausgestrichenen Eigenschaften „bunt, vielfältig und neuartig“ bereits ein Garant für nachhaltiges selbständiges Lernen sein können. Auch relativiert sich die stets betonte Freiheit des Zugangs durch das Prinzip eines dem Gesamtprojekt immanenten „überlegten Baukastensystems“ und durch die Idee einer „inhaltlich gesteuerten internen Verlinkung“. Wer den Plan des Baukastens nicht kennt, wer nicht weiß, nach welchen Prinzipien „verlinkt“ und geschachtelt wird und welches planende Subjekt die Auswahl und die Verknüpfung der Materialien steuert, wird gut beraten sein, eine gegenüber dem Medium Internet generell angemessene kritische Distanz auch hier nicht ganz abzulegen.

Unabhängig davon hat das „Virtuelle Museum“ eine faire Chance verdient. Wer hier von vorneherein kritisiert und in Bausch und Bogen verwirft, wird sich fragen lassen müssen, welchen Beitrag er selbst zur Auffüllung der eingangs beklagten Lücke geleistet hat. Mögen sich die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen des Landes in dieses imaginäre „Haus der Geschichte“ begeben und gemeinsam mit ihren Schülern „lernen“, „forschen“, „reisen“, „spielen“ und sich zu ihrem „Unterrichten“ inspirieren lassen, denn diese unterschiedlichen Zugangsweisen und Perspektiven bietet das Projekt den Nutzern. Das großzügig gestaltete Buch „Geschichte erleben“ mit dem originellen Titelbild, auf dem sich ein Laptop-Benutzer ins 19. Jahrhundert eingeschlichen zu haben scheint, kann dabei Anhaltspunkte für den ersten Einstieg bieten.

*Detlev Kraack*

## Fürsten des Landes

Carsten Porskrog Rasmussen,  
Elke Imberger, Dieter Lohmeier und  
Ingwer Momsen (Hg.)

Die Fürsten des Landes

Herzöge und Grafen von Schleswig,  
Holsten und Lauenburg

Neumünster: Wachholtz 2008. 479 S.,  
zahlr. Abb.

Drei Jahre nach Herausgabe von „De slesvigske hertuger“ durch Historisk Samfund for Sønderjylland (vgl. Besprechung in GFH 2/2006, S. 152 f.), das aufgrund seines großen Erfolges inzwischen in zweiter Auflage erschienen ist, hat die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte das Werk nun auch in deutscher Sprache vorgelegt. Das Buch bietet grundlegende Einführungen zu allen Fürstentümern, die in der frühen Neuzeit eine so entscheidende Rolle im Herzogtum Schleswig spielten, und hat damit eine lange klaffende Lücke geschlossen.

„Die Fürsten des Landes“ ist um einige Kapitel länger als seine dänische Vorlage, die sich ihrem Titel gemäß auf Schleswig beschränkt. In der Zeit vom 15. bis zum 18. Jahrhundert, in der die Herzöge so entscheidenden Einfluss auf die Geschehnisse des Landes hatten, war Schleswig mit Holstein jedoch derart eng verbunden, dass gerade auf der Ebene der besonderen Fürstentümer eine separate Behandlung beider Länder nicht sinnvoll erscheint. Die meisten in „De slesvigske hertuger“ vorgestellten Fürsten waren gleichzeitig Herzöge in Schleswig und Holstein. Beispielsweise

hatten die Herzöge von Plön ihre Wurzeln in Schleswig, doch herrschten sie nur in einem Teil von Holstein. Umso besser ist es, dass die deutsche Ausgabe die Perspektive auf Holstein ausdehnt. Einige der Beiträge aus der dänischen Ausgabe wurden durch vertiefende Informationen zum holsteinischen Aspekt erweitert, und es wurden neue Beiträge über die rein holsteinischen und lauenburgischen Fürstenhäuser hinzugefügt.

Während der Hauptteil der dänischen Ausgabe mit Esben Albrechtsens Beitrag über die „eigentlichen“ schleswigschen Herzöge aus dem Geschlecht des Herzogs und Königs Abel und über die schauenburgischen Grafen als Herzöge in Schleswig beginnt, steht vor diesem Beitrag in der deutschen Ausgabe der von Detlev Kraack verfasste Aufsatz „Die frühen Schauenburger als Grafen von Holstein und Stormarn (12.-14. Jahrhundert)“, in welchem der Leser recht detailliert über den Aufbau und die frühen Jahrhunderte der Herrschaft der Schauenburger Grafen in Holstein informiert wird.

Den nächsten thematischen Block bilden die, im Vergleich zur dänischen Ausgabe teilweise erweiterten, Beiträge über „Die dänischen Könige als Herzöge von Schleswig und Holsten“ (Carsten Porskrog Rasmussen), „Junker Christian und Herzog Hans der Ältere“ (Lennart S. Madsen) und „Die Herzöge von Gottorf“ (Lars N. Henningsen). Der erste Beitrag berücksichtigt auch noch das 15. Jahrhundert, und alle drei Aufsätze behandeln die Zeit ab den Landesteilungen im 16. Jahrhundert bis zum Ende des jeweiligen Fürstentums. Dabei wird nicht nur rein biografischen, sondern vergleichsweise ausführlich auch

politischen, verfassungsmäßigen und kulturellen Fragen nachgegangen.

Diesem folgt der neue Beitrag „Die Fürstbischöfe von Lübeck aus dem Hause Gottorf“ von Dieter Lohmeier. Da die Angelegenheiten des Fürstbistums nicht allein das Gottorfer Herzogshaus betrafen, sondern auch eine bemerkenswerte Rolle bei der zunehmenden Rivalität zwischen diesem und dem dänischen Königshaus spielte, hat man einen entsprechenden Beitrag in der dänischen Ausgabe besonders vermisst. Die Darstellung erscheint mitunter wie eine Aneinanderreihung biografischer Kurzbeiträge, doch wird so die Vollständigkeit gewährleistet.

Die „abgeteilten“, also nicht regierenden Herzöge aus dem Geschlecht Johanns des Jüngeren sind ein wichtiges Kapitel für sich in der Geschichte Schleswigs und Holsteins. Sie werden mit folgenden acht Beiträgen präsentiert: „Die Herzöge von Sonderburg“ (Inge Adriansen), „Herzog Christian von Ärö und die Herzogzeit der Insel“ (Peter Dragsbo und Carsten Porskrog Rasmussen), „Die Herzöge von Norburg“ (Peter Dragsbo), „Die älteren Glücksburger Herzöge“ (Carsten Porskrog Rasmussen), „Die Herzöge von Plön“ (Inge Adriansen, in der deutschen Ausgabe durch Silke Hunzinger wesentlich erweitert), „Die Herzöge von Augustenburg“ (Mikkel Venborg Pedersen) und „Die Herzöge von Beck und die jüngeren Glücksburger Herzöge“ (Carsten Porskrog Rasmussen). Die beiden letztgenannten Dynastien, mitunter als „Kadettenlinien“ bezeichnet, waren jedoch nur Titularherzöge, auch wenn sie später eine bedeutende Rolle spielen sollten.

Die letzten drei Beiträge im vorliegenden Werk wurden alle für die deutsche Ausgabe verfasst. Cordula Bornefelds beschreibt die „Die Herzöge von Sachsen-Lauen-

burg“. Diese hatten zu den schleswig-holsteinischen Fürstenhäusern bis 1815 jedoch nicht mehr Verbindungen als etwa die mecklenburgischen Landesherren. Es ist in Ordnung, dass man die Lauenburger Herzöge aus Rücksicht auf Schleswig-Holsteins heutige Grenzen mit aufgenommen hat. Doch da die politischen und dynastischen Hintergründe und Zusammenhänge ganz anders waren, fällt dieser ansonsten sehr interessante und gut geschriebene Beitrag etwas aus dem Rahmen des vorliegenden Werkes.

Helge Bei der Wieden behandelt „Die Grafen zu Holstein(-Pinneberg) und Schaumburg“, welche noch bis 1640 eine besondere und oft übersehene Herrschaft im Süden Holsteins bildeten. Diese unterschied sich vom übrigen Holstein auch dadurch, dass es hier weder adelige Besitzungen noch Städte gab; erst ab dem 16. Jahrhundert wuchs hier ein Handelsort heran, der später die zweitgrößte Stadt der dänischen Monarchie werden sollte: Altona.

Nach dem Aussterben der Grafen 1640 teilten König und Gottorfer Herzog das Territorium. Über die weitere Geschichte des an Gottorf gefallenen Teils informiert Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt im abschließenden Beitrag „Die Reichsgrafen von Rantzau“. Der Gottorfer Teil wurde nämlich vom Breitenburger Gutsherrn Christian Rantzau übernommen, der damit in die Reihen der Fürsten aufstieg. Die kurze Geschichte der Reichsgrafschaft endete in den 1720er Jahren ungewöhnlich dramatisch.

Die wesentliche Qualität des Buches liegt in seinem einführenden, ein breites Publikum ansprechenden Charakter. Wer hingegen tiefeschürfende Analysen zu wirtschaftlichen und sozialen Aspekten der Fürstentherrschaften erwartet, wird enttäuscht. Systematische Überlegungen

zu Methoden der Herrschaft und zum Gesellschaftssystem der jeweiligen Zeit bietet das Buch nicht. Doch für alle, die einen leicht verständlichen Zugang zum Thema Fürstenherrschaft in den Herzogtümern suchen oder sich hinterher eingehender mit einzelnen Fürsten befassen wollen, ist das vorliegende Werk eine hervorragende Grundlage.

Erwähnenswert ist noch die gute Ausstattung des Buches mit vielen Illustrationen, welche die Darstellung ergänzen und das Buch noch ansprechender machen. Leider hat man die vielen Informationskästen, die sich in „De slesvigske hertuger“ bei den meisten Beiträgen befinden, in der deutschen Ausgabe weitgehend am Ende des Buches zusammengestellt. Die meisten Aufsätze sind mit einem brauchbaren Anmerkungsapparat versehen. Doch einzelne Beiträge enthalten lediglich einen kommentierten Literaturhinweis. Dies ist in diesem Zusammenhang zu wenig, und die Redaktion hätte dies abweisen sollen.

Schließlich sei auch an dieser Stelle gegenüber der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte ein herzlicher Glückwunsch ausgesprochen. Sie hat sich mit dem vorliegenden Werk ein hervorragendes Geschenk zum 175-jährigen Bestehen gemacht. Das Buch wird mit Sicherheit bei vielen neues Interesse für die Geschichte der Herzogtümer wecken und damit auch der Geschichtsgesellschaft neuen Zulauf bringen.

*Mikkel Leth Jespersen*

Übersetzung: Gerret Liebing Schlaber

Christian Gellinek

Kultursolidarität über Grenzen:  
Dänemark und Deutschland.

Eine Essaysammlung

Münster, New York, München, Berlin 2008,  
129 S.

In fünf Abschnitten präsentiert der Autor Prof. em. Christian Gellinek in der Methode vergleichender Sozialgeschichte eine Essaysammlung über Personen und Ereignisse aus der Zeit des dänischen Gesamtstaats, also vor dem Einsetzen der nationalen Bewegungen, und über dessen großzügige Kulturpatronage, von der die Bevölkerung in der Herzogtümern in erheblichem Umfang profitieren konnte. Er erinnert an die Kriege 1848/51 und 1864, begibt sich auf der Suche nach dem „Ideentransfer“ zunächst nach Altona, dessen Entwicklung und Rolle als vom dänischen König aufgebaute Konkurrenz zum aufstrebenden Hamburg dargestellt wird, widmet sich den besonderen sprachlichen Verhältnissen und berichtet von den großen Literaten und Philosophen Klopstock, Oehlenschläger und Kierkegaard sowie deren Leben zwischen deutscher und dänischer, sich auf vielfältige Weise wechselseitig befruchtender und beeinflussender Kulturwelten. Der dänische Gesamtstaat agierte reformfreudig und gewährte den Herzogtümern Schleswig und Holstein in vollstem Vertrauen ihren brückenbauenden Status. Die Bevölkerung wiederum reagierte dankbar und verhielt sich im Großen und Ganzen loyal.

Gellinek – einer seiner Vorfahren kämpfte im Krieg 1848/51 auf deutsch-schleswig-holsteinischer Seite – bezeichnet seine

Studie als Versuch, über dem „nicht der Schimmer provinzieller Gemütlichkeit liegen, sondern die Bürgerfreundschaft zwischen Dänen, Jüten und Schleswig-Holsteinern (als Richtschnur) deutlich werden“ soll. Mag sein, dass der Rezensent manche Gedankenstränge nicht durchschauen konnte, sie gar missverstanden hat und sich daher der Einschätzung des Autors, dass die Untersuchung im „allgemein-verständlichen Ton“ gehalten sei, „um leichter lesbar zu sein“, nicht anschließen kann. Einige Abschnitte, besonders wenn sie zeitgeschichtliche Vergleiche beinhalten, erscheinen in ihrer Darstellung zudem allzu konfus formuliert, so etwa wenn Otto von Bismarck und Preußen vorgehalten wird, durch die Annexion der Herzogtümer 1864 die „Saat“ für den späteren Zulauf zur NSDAP ausgestreut zu haben – eine mehr als abenteuerliche und gelinde gesagt reichlich verwirrende These für die Wahlentwicklung in Kaiserreich und Weimarer Republik, die Gellinek noch zusätzlich durch die Annahme zu belegen versucht, dass „in diesen letztlich ohne Not und in ethischer Begründungsarmut annektierten Gebieten ... die politische Entwurzelung besonders schnell (gedieh). Die wahlberechtigten Einwohner dieser annektierten Provinzen hingen den Nationalsozialisten besonders schnell an und bildeten einen bereits vor dieser Wahl geprägten Menschentypus, der für die Gleichschaltung reif war.“ Dies klingt, als ob seit 1864 in der nun preußischen Provinz Schleswig-Holstein und besonders in der späteren Grenzregion keine eigenständige, von der Bevölkerung zudem mehrheitlich akzeptierte, Entwicklung möglich war, nach welcher der Nationalsozialismus überall und zwar schwerpunktmäßig in ländlich geprägten Regionen massenhaft Anhänger fand. Dennoch: Gellinek provoziert zu einem

anderem Denken und zu einer anderen Sichtweise auf das deutsch-dänische Verhältnis und auf die Entwicklung in der Grenzregion. Wer sich in dieser Gedankenwelt zurechtfinden kann, wird sicherlich manche interessante Anregung finden.

*Matthias Schartl*

### Holstein zwischen Deutsch und Dänisch

Steen Bo Frandsen

Holsten i Helstaten

Hertugdømmet inden for og uden for  
det danske monarki i første halvdel  
af 1800-tallet

Kopenhagen: Museum Tusulanums  
Forlag 2008, 385 S., zahlr. Abb.

Steen Bo Frandsen hat sich vor einigen Jahren dadurch einen Namen gemacht, dass er mit einer Untersuchung der Stellung Jütlands im Königreich Dänemark eine Studie vorgelegt hat, die – man kann wohl sagen – erstmals jene regionalgeschichtliche Sichtweise anwandte, die in der deutschen „Landesgeschichte“ ganz selbstverständlich gilt. Am Beispiel Jütlands konnte er zeigen, wie ein bedeutender Landesteil im nationalen Selbstverständnis marginalisiert wird, sich unter anderem deshalb vom Zentrum (in Dänemark ganz eindeutig Ost-Seeland mit Kopenhagen) abwendet und mehr oder minder ernstgemeinte zentripetale Kräfte mobilisiert. Damit war der dänische Nationalstaat mit seinem nach 1864/67 generierten Selbstbewusstsein angesprochen.

In gewisser Weise wendet Steen Bo Frandsen in dem vorliegenden Werk diese Betrachtungsweise auch auf das ehemalige Herzogtum Holstein an. Er zeichnet näm-

lich den Weg Holsteins weg von Dänemark nach – und problematisiert auch das Entschwinden dieser südlichsten Provinz der dänischen Monarchie aus dem dänischen nationalen Gedächtnis. Nachdem er kurz seinen Untersuchungsgegenstand vorgestellt hat (S. 15-71), beschreibt er in drei großen zeitlichen Abschnitten den Prozess der Herauslösung des Herzogtums aus dem dänischen (Rest)Gesamtstaat, wobei er die Zeitabschnitte von 1806 bis 1830 (Zwischen Dänemark und Deutschland, S. 73-121), von 1830 bis etwa 1840 (Aufbruch in Holstein, S. 123-4) und von etwa 1840 bis 1848 (Die Gegner des Gesamtstaates gewinnen an Boden, S. 205-328) anlegt. Die Zeit nach 1848 gilt für ihn schon als die des Verlustes von Holstein (Holstein draußen vor, S. 329-354). Dabei fragt er, ob man das behandelte Territorium als „dänisches Elsass“ oder als ein „zweites Norwegen“ ansehen könnte, stellt aber starke Unterschiede zum Schicksal der beiden genannten Territorien fest. Quellen- und Literaturliste sowie ein Personen- und Ortsnamenindex beschließen den Band.

Für den mit der schleswig-holsteinischen Geschichte Vertrauten bringt das Buch zunächst nicht viel Neues. Das war auch nicht Steen Bo Frandsens Intention. Er wollte einerseits den Dänen nahebringen, dass Holstein sehr lange zum dänischen Staatsverband gehörte, zum Zweiten mit der Analyse des Loslösungsprozesses von Holstein deutlich machen, welche unseligen Entwicklungen der Aufbau von Nationalstaaten mit sich brachte, und drittens an diesem Negativbeispiel demonstrieren, wie ein solch bedeutender Verlust im nationalen Gedächtnis eliminiert (verdrängt) wird. Dass Holstein einmal Teil der dänischen Monarchie war, ist heute in Dänemark kaum noch bekannt. Der Pro-

zess, der erst zum Verlust Holsteins und dann zur kollektiven Amnesie führt, wird mit großer Distanz zu den nationbildenden und -stärkenden Denkschablonen kritisch betrachtet. Das macht das Buch wegweisend: Die nationale oder gar nationalistische Blickverengung wird konsequent aufgegeben. Ohne dass man irgendetwas aus den letzten 200 Jahren rückgängig machen könnte, wird mit dieser Betrachtungsweise die Entwicklung der Nationalstaaten im 19. Jahrhundert exemplarisch als Fehlentwicklung deutbar – und das halte ich für hochverdientlich!

Kleinere Fehler (insbesondere bei Abbildungsunterschriften – z. B. 221, 233, 262) stören nicht wirklich. Insgesamt ist hier ein gründliches und auch äußerlich ansehnliches Buch entstanden, dem – vor allem in Dänemark – viele Leser zu wünschen sind.

*Klaus-J. Lorenzen-Schmidt*

#### Sammlungspunkt regionaler Geschichte

Landsarkivet for Sønderjylland (Hg.)

Et centralsted for udforskning af  
Sønderjyllands Historie.

Landsarkivet for Sønderjylland gennem  
75 år 1933-2008

Aabenraa 2008, 188 S.

Vor 75 Jahren – von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt – nahm nach langer und kontroverser Diskussion das Landesarchiv in Apenrade seine Arbeit auf. Heute zählt die zentrale Forschungsstelle für die Geschichte Sønderjyllands zu den bedeutendsten kulturhistorischen Einrichtungen nördlich und südlich der Grenze. 18.000 laufende Meter umfasst der Bestand an

Archivalien und Sammlungen. Mehrere zehntausend Forscher haben aus dem hier verwahrten reichhaltigen Quellschatz geschöpft. Herausragende Beiträge zur konfliktreichen und nicht immer einfach zu erzählenden Vergangenheit Sønderjyllands bzw. Schlesiws sind entstanden.

Die im Jubiläumsjahr erschienene Festschrift entspricht dem Stil des Hauses, Geschichte lebendig, facettenreich und ebenso volkstümlich für ein breites Lesepublikum darzustellen. Leif Hansen Nielsen beschreibt die Ausgangssituation des Landesarchivs und geht dabei u.a. auf die sich nach 1867 bildenden preußischen Verwaltungsstrukturen ein, die den Landesteil nachhaltig geprägt und – für den Archivfachmann nicht verwunderlich – auch die Überlieferungsstrukturen maßgeblich beeinflusst haben. Erinnert wird an die 1930er Jahre, in denen es wegen ständig steigender Besucheranfragen zu erheblichen personellen Engpässen kam, weil die Archivmitarbeiter die Flut der einkommenden Anfragen nach Abstammungsdokumenten, sog. „Arierernachweisen“ kaum noch bewältigen konnten. Allein 1937 waren 7.088 Kirchenbuchabschriften anzufertigen. Im Lesesaal gehörte der Leiter des „Sippenamtes“ der Deutschen Minderheit zu den Stammgästen.

Aufgeräumt wird mit der Legende, dass ein kurz vor Kriegsende eingerichteter und als besonders sicher geltender Magazinraum vornehmlich dazu diente, wertvolle Archivalien vor den abziehenden deutschen Besatzungstruppen zu verbergen. Tatsächlich diente dieser dazu, wichtige und kostbare Archivalien vor möglichen Zerstörungen zu schützen.

Hans Schulz Hansen blickt voller Stolz – und dies zu recht – auf die Forschungsarbeit der Jahre von 1960 bis 1981 zurück und spannt seinen Bogen bis zur

Jahrtausendwende. Die Schwerpunkte der Archivarbeit beschränkten sich nicht nur auf die umsichtige und überaus erfolgreiche Einwerbungspolitik. Ein neues Archivgebäude mit einem nach damals modernsten Erkenntnissen ausgestatteten Magazin kam hinzu. Trotz einiger Mängel bei der Bauausführung war der Neubau ein Gewinn und schuf die notwendigen Voraussetzungen für die unerlässlichen archivalischen Feinarbeiten des Ordnen und Verzeichnens sowie für die Nutzung der Archivbestände in einem neuen Lesesaal. Darüber hinaus entstanden herausragende Forschungsarbeiten, wobei die grenzüberschreitende Kooperation seit Anfang der 1990er Jahre eine zentrale Rolle spielte. Steen Ousager beleuchtet zum Abschluss der Festschrift die jüngste Zeit ab 2001, in der sich das gesamte staatliche Archivwesen in Dänemark aufgrund drastischer Finanzmittelkürzungen auf dem Prüfstand befand und als Folge davon auch das Apenrader Landesarchiv viel von seiner Selbständigkeit verloren hat.

Der Jubiläumsband, der zudem gut illustriert ist und auch einige der wertvollsten Exponate aus dem Archivfundus des Hauses zeigt, beschreibt nicht nur die Geschichte einer für die gesamte Region wichtigen Einrichtung, sondern ist auch ein Spiegel der Entwicklung der regionalen Geschichtsarbeit.

*Matthias Schartl*

Peter Dragsbo, mag. art.  
Museum Sønderjylland –  
Sønderborg Slot  
Sønderbro 1  
DK-6400 Sønderborg

Dr. Detlef Garbe  
KZ-Gedenkstätte Neuengamme  
Jean-Dolidier-Weg 75  
21039 Hamburg

Mikkel Leth Jespersen, cand. mag.  
Studieafdelingen og Arkivet ved Dansk  
Centralbibliotek for Sydslesvig  
Norderstraße 59  
24939 Flensburg

Claudia Koch, M.A.  
Klosterhofer Straße 35  
24837 Schleswig

Prof. Dr. Detlev Kraack  
Seestraße 1  
24306 Plön

Dr. Stephan Linck  
Nordelbisches Kirchenarchiv  
Winterbeker Weg 51  
24114 Kiel

Dr. Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt  
Staatsarchiv  
Kattunbleiche 19  
22041 Hamburg

Dr. Matthias Scharl  
Kulturstiftung des Kreises  
Schleswig-Flensburg  
Suadicanistraße 1  
24837 Schleswig

Gerret Liebing Schlaber, ph.d.  
Studieafdelingen og Arkivet ved Dansk  
Centralbibliotek for Sydslesvig  
Norderstraße 59  
24939 Flensburg

Artur Thomsen  
Peter-Christian-Hansen-Weg 1 a  
24939 Flensburg

*Peter Dragsbo, Idstedt und Düppel im kollektiven Geschichtsbewusstsein* Abb. 1: Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg; Abb. 2: Foto: Sønderborg Kaserne; Abb. 3: Foto: Peter Dragsbo – Museum Sønderjylland – Sønderborg Slot

*Claudia Koch, Von christlicher Nächstenliebe zur professionellen Verwundetenpflege. Militärmedizin in Schleswig-Holstein 1848-1918* Abb. 1: Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek, Kiel; Abb. 2: The Illustrated London News, 7. Mai 1864; Abb. 3: Stadtarchiv Lübeck

*Stephan Linck, Das schwere Erbe des Nationalsozialismus. Gedenken und Aufarbeitung nach 1945 in Schleswig-Holstein* Abb. 1: Landesarchiv Schleswig-Holstein; Abb. 2: Der Spiegel 39/1961 v. 20.9.1961, S. 38 f.; Abb. 3: Privatarchiv Harald Richter, Ladelund; Abb. 4: Kieler Nachrichten v. 27.11.1980. Dokumente. Der Asche-Prozeß, hrsg. v. Arbeitskreis Asche-Prozeß, Kiel 1985, S. 86

*Detlef Garbe, Forschen – Vermitteln – Gedenken. Aspekte der Gedenkstättenarbeit* Abb. 1 u. 4: Michael Kottmeier/agenda, 2005; Abb. 2 u. 6: Herbert Diercks, 2006/2004; Abb. 3 u. 5: Detlef Garbe, 2006

*Umschau* Selbsthilfe-Bauverein, Flensburg. Foto S. 47: Frank Beeke

*Echo* Abb. S. 59: Arne Bewersdorff, Uwe Danker, Astrid Schwabe, Geschichte erleben. Blicke auf Schleswig-Holstein 1850 bis heute, Neumünster 2008

VERZEICHNIS DER IM JAHRE 2008 IN DEN  
GRENZFRIEDENSHEFTEN ERSCHIENENEN AUFSÄTZE

KLAUS BÄSTLEIN	Der Fall Hartwig Schlegelberger	Heft 3 Seite 289 ff.
UWE DANKER / ASTRID SCHWABE	Das virtuelle Museum <a href="http://www.vimu.info">www.vimu.info</a> – Deutsch-dänische Regionalgeschichte im Internet	Heft 2 Seite 83 ff.
UWE DANKER / SEBASTIAN LEHMANN	„Brisantes Dokument“ oder „plumpe Fälschung“? Die kurze Geschichte eines „Stasi-Dokuments“	Heft 3 Seite 315 ff.
INGALIES K. FRIEBEL	„Besser Zusammenleben in Flensburg“. Ein Veranstaltungsbericht	Heft 4 Seite 415 ff.
DETLEF GARBE	Die nordfriesischen Außenkommandos des KZ Neuengamme. Geschichte und Gedenken	Heft 3 Seite 257 ff.
REIMER HANSEN	Die Lebenserinnerungen Johann Ohrtmanns (1898-1978) als historische Quelle – Teil 2	Heft 1 Seite 3 ff.
	Zur Bedeutung der Eider als historischer Grenze	Heft 3 Seite 175 ff.
LARS N. HENNINGSEN	Eine schleswigsche Lateinschule als Brücken- bauer zwischen „Eiderdänen“ und „Schleswig- Holsteinern“ um 1790	Heft 3 Seite 187 ff.
PETER HOPP	Pastor Johannes Schmidt-Wodder und der Rostock-Mythos	Heft 3 Seite 243 ff.
JOHANNES JENSEN	Ina Carstensen (1898-1985). Zur Geschichte des Aufbaues eines demokratischen Schulwesens nach 1945	Heft 3 Seite 305 ff.
MANFRED JESSEN-KLINGENBERG	Dr. Jörn-Peter Leppien: Forscher, Vermittler, Anreger	Heft 3 Seite 169 ff.
HINRICH JÜRGENSEN	Die deutsche Minderheit in Nordschleswig – Mehrwert für die Region	Heft 2 Seite 127 ff.

MARTIN KAYENBURG	„Minderheitern – ein Standortfaktor“	Heft 2 Seite 121 ff.
JØRGEN KÜHL	Wieso funktioniert der Grenzfrieden im deutsch-dänischen Grenzland?	Heft 3 Seite 329 ff.
JÖRN-PETER LEPPHEN / GERRET LIEBING SCHLABER	Ein neues Dänisches Gymnasium für Südschleswig. Interview mit dem Rektor der A. P. Møller Skolen Jørgen Kühl	Heft 4 Seite 401 ff.
KLAUS-JOACHIM LORENZEN-SCHMIDT	Hans Schmidt – ein ganz normaler Nationalsozialist	Heft 3 Seite 279 ff.
HELMUT MÜLLER-ENBERGS / THOMAS WEGENER FRIIS	Grenzlandpolitiker als Stasi-Spione? Analyse und Hintergrund einer Aufsehen erregenden Fälschung	Heft 1 Seite 21 ff.
	Der Schattenkrieg im Norden. DDR-Spionage in Dänemark	Heft 2 Seite 107 ff.
BERND PHILIPSEN	Die „Affäre C. G. Jung“ und der Rabbiner von Friedrichstadt	Heft 3 Seite 223 ff.
	NS-Kampagne gegen „undeutschen Geist“. Die Bücherverbrennungen in Flensburg und Schleswig 1933	Heft 4 Seite 369 ff.
HANS-CHRISTIAN PUST	Schleswig-Holsteinische Nagelungsdenkmäler im Ersten Weltkrieg. Ein Überblick	Heft 3 Seite 199 ff.
HANS-F. ROTHERT	Schriftenverzeichnis Jörn-Peter Lepphen	Heft 3 Seite 351 ff.
MICHAEL RUCK	Perspektiven des Nordens im Nordstaat. Eine Konferenz in Flensburg	Heft 1 Seite 37 ff.
	Halskrause oder Einkreisung? Frühere Debatten und heutige Perspektiven zum Flensburger Kreisstatus	Heft 4 Seite 385 ff.

MATTHIAS SCHARTL	Störenfriede in den Augen der NS-Dorfborgheit. Zur Anwendung des „Heimtückegesetzes“ im Raum Flensburg	Heft 3 Seite 233 ff.
GERRET LIEBING SCHLABER	Schleswigsche Gesichtsperspektiven. Geschichte zwischen Deutsch und Dänisch aus der Sicht eines Grenzgängers	Heft 3 Seite 341 ff.
RENATE SCHNACK	Kulturbewahrung und Integration. Maro Temm – ein Wohnprojekt für Sinti und Roma	Heft 1 Seite 49 ff.
HANS SCHULTZ HANSEN	Die Gründung von „Grænsesognetes Danske Samfund“ 1933	Heft 3 Seite 209 ff.
ANKE SPOORENDONK	Ein Denkzeichen am Grenzübergang Harrislee / Padborg	Heft 3 Seite 269 ff.
PETER THALER	Nikolaus Falck und Christian Paulsen. Parallelen und Widersprüche nationaler Identitätsbildung im 19. Jahrhundert	Heft 2 Seite 93 ff.





Postvertriebsstück

C 3340 F

Entgelt bezahlt

ADS-Grenzfriedensbund e. V.

Marienkirchhof 6 • 24937 Flensburg

ISSN 1867-1853